

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

105/20

30 JAHRE NAMIBIA

Am Ende einer Ära?

SÜDAFRIKA

Corona-Virus im Township

ZIMBABWE

Gesundheitswesen

STREET ART

Kunst und Stadtentwicklung in Johannesburg



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtpaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Mitarbeit bei SADDOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADDOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum IKAGENG in Soweto

jährlicher Nelson Mandela-Tag

am 18. Juli, Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

2020 feiern wir 30 Jahre
Unabhängigkeit Namibias!
Kontakt: namibia@sadocc.at

SADDOCC-Flohmarkt

Unsere Bibliothek verfügt über zahlreiche Dubletten (wissenschaftliche oder graue Literatur) zu Südafrika, Zimbabwe, Namibia und Moçambique (auch in Portugiesisch) sowie zu anderen ausgewählten afrikanischen Ländern. Interessent/inn/en, die darin stöbern wollen, sind willkommen, Preise verhandelbar. Anmeldung erbeten unter office@sadocc.at.

Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADDOCC) in Wien (ZVR-Zahl 973735397) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Nina Herzog-Hawelka, Helena Hornung, Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Murauer, Dr. Birgit Reiter, Manfred Sauer, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer.

| | |
|--|----------|
| Was wurde aus dem Grundeinkommen? | 4 |
|--|----------|

| | |
|----------|--|
| 3 | Unabhängiges Namibia |
| | Friede und Freiheit, aber immer noch Ungleichheit und Armut. Eine Bilanz |



| | |
|--|-----------|
| Covid-19 im Kapstädter Township | 14 |
|--|-----------|

| | |
|-----------|---|
| 10 | Eine koloniale Beziehung verändern |
| | Mit Ciraj Rassool sprach Walter Sauer über die Lehren aus dem »Fall Pöch« |

| | |
|--------------------------------------|-----------|
| GMPIS: Frauen im Wiederaufbau | 19 |
|--------------------------------------|-----------|

| | |
|-----------|--|
| 16 | Krankenversorgung im ländlichen Zimbabwe |
| | Reportage über ein berufliches Praktikum von Daniel Stögerer |

| | |
|-------------------------------|-----------|
| Guten Morgen, Namibia! | 26 |
|-------------------------------|-----------|

| | |
|-----------|---|
| 22 | Kunst im öffentlichen Raum Johannesburgs |
| | Die Megastadt verändert sich, berichtet Marcus Neustetter |

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Heike Friedhoff, Christa Hager, Ben Khumalo-Seegelken, Simon Loidl, Marcus Neustetter, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Hemma Tengler, Lutz van Dijk, Daniela Waldburger **Fotos:** Heike Friedhoff, John Liebenberg †, Marcus Neustetter, Elfriede Pekny †, Wolfgang Reichmann, SADOCC, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Mark Straw, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 15. März 2020. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; **Spenden** erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rütther; Godwin Schuster.

Liebe Leserinnen und Leser!

Sollten Sie diese Ausgabe pünktlich Anfang April in Ihren Händen halten, dann ist es angesichts der aktuellen Umstände ein kleines Wunder. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei allen bedanken, die dies möglich gemacht haben: bei unserer Layouterin Susanne Dechant, bei Sonja Russ und ihrem Team in der Medienfabrik, bei der Auslieferung, den Freiwilligen im SADOCC-Büro und den Kolleg/inn/en von der Post! Und wenn Sie das Heft verspätet erhalten sollten – wir haben es wenigstens probiert!

Indaba heißt Neuigkeit oder Gespräch

Welche Auswirkungen der Corona-Virus in Afrika und speziell im Südlichen Afrika nach sich ziehen wird, ist noch nicht absehbar. Laut Presseberichten von heute (16. März) sind derzeit mindestens 28 Länder Afrikas vom Virus betroffen. In Südafrika soll es 61 bestätigte Infektionen geben. Wie hoch die Dunkelziffer ist, weiß man nicht. Ob die überfallsartige Schließung von Schulen, Häfen und Grenzen, die mehrere Länder verhängt haben, etwas bringen wird, bleibt abzuwarten. Eine flächendeckende Information der Bevölkerung ist, vor allem in ländlichen Gebieten, schwierig, und Vorsichtsmaßnahmen wie (Selbst-)Isolierung etc. in den überfüllten und hygienisch vernachlässigten Townships kaum durchführbar (lesen Sie dazu unsere Reportage auf S. 14). In vielen Ländern wurde außerdem in den vergangenen Jahrzehnten das Gesundheitswesen weitgehend kaputtgespart – Kreditrückzahlungen hatten im Zeitalter der mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten »Strukturanpassungsprogramme« einfach Vorrang. Keine guten Voraussetzungen also für die Bewältigung einer weiteren gesundheitlichen Herausforderung für die Menschen in Afrika – neben HIV/AIDS, Malaria, Hepatitis usw.

Der Schwerpunkt dieses Heftes ist dem Unabhängigkeitsjubiläum Namibias gewidmet und zieht eine kritische Bilanz. Die Österreichische Namibia-Gesellschaft hat eine Ausstellung über den Einsatz der UNO im Übergang von der Herrschaft Südafrikas zur Eigenstaatlichkeit 1989/90 vorbereitet, die zu Erscheinen dieses Heftes schon zu sehen hätte sein sollen. Wie so viele Veranstaltungen und Kulturangebote mußte auch sie verschoben werden. Die Ausstellung zeigt u. a. Fotos von zwei damaligen österreichischen UNTAG-Mitarbeitern, Elisabeth Friedel und Alois Pommer. Wir hoffen, sie bald nachholen zu können, und halten Sie auf dem Laufenden!

Urlaubsbedingt mußte in diesem Heft die beliebte Kolumne von Adalbert Krims entfallen – ab dem nächsten Mal ist sie hoffentlich wieder da!



Walter Sauer

30 Jahre Namibia: Ende einer Ära?

Ihr Versprechen, eine sozial gerechte, politisch partizipative und transparente Gesellschaftsordnung zu errichten, hat die frühere Befreiungsbewegung und jetzige Regierungspartei SWAPO nur zum kleinen Teil eingelöst. Unzufriedenheit mit den sich verschlechternden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die grassierende Wirtschaftskorruption scheinen jetzt Teile der Bevölkerung zu re-politisieren. Seit den letzten Wahlen steht sogar die Perspektive eines Post-SWAPO-Namibia im Raum. Von Walter Sauer.

Langsam wurde die südafrikanische Fahne heruntergelassen, während Tausende Namibier ›down, down, down!‹ schrien, als wollten sie den Vorgang beschleunigen. Der südafrikanische Präsident de Klerk starrte mit unbeweglicher Miene geradeaus, die linke Hand auf die rechte Brust gelegt. Neben ihm stand Sam Nujoma und lächelte. Und dann stieg zum ersten Mal die namibische Fahne am Mast empor, Zug um Zug, unter großem Jubel, mit ihrer goldenen Sonne in der oberen linken Ecke. Oben angekommen, blähte sie sich nicht im Wind, sondern hing etwas lasch am Fahnenmast, wie eine Schmetterlingspuppe, die sich erst noch entfalten musste, und obwohl ich sie gern stolz und groß im Wind hätte flattern sehen, war es vielleicht ein Symbol: Wir waren noch ganz am Anfang und alles würde erst nach und nach Gestalt annehmen.«

Der Festakt in der Nacht vom 20. auf den 21. März 1990 im Stadion von Windhoek, beschrieben durch Erika von Wietersheim in ihrem Buch *Guten Morgen Namibia!* (S. 26 in diesem Heft). Ich habe ihn übrigens genauso erlebt. Der 21. März ist seither



Zug um Zug, unter großem Jubel, stieg zum ersten Mal die namibische Fahne empor

ein Staatsfeiertag, an dem die Minister in alle Teile des Landes geschickt werden, um programmatische Reden zu halten. Heuer, zum 30. Jahrestag der Staatsgründung, wird nur die neue Regierung angelobt werden, wie immer nach Parlamentswahlen im vorangegangenen November. Alle sonstigen Feierlichkeiten wurden corona-bedingt abgesagt. Ob es wie geplant zur Herausgabe einer 30-Jahres-Banknote im Wert von 30 namibischen Dollars (knapp 2 Euro) kommen wird, ist unklar, zumal dieselbe eh auf Kritik stieß: Dafür würde Geld ausgegeben, während viele Schulen nicht einmal über Wasser oder Strom verfügten ...

rende SWAPO nie sehr viel übrig, und die gesellschaftspolitische Ausrichtung ihrer Politik wurde über die letzten Jahre immer konservativer und tribalistischer. Die Aufwertung der royalistischer Autokraten im Norden oder die Wiederbelebung des sexistischen Olofuko-Festivals zeigen dies deutlich. Zudem haben sich für einen großen Teil der Bevölkerung die Arbeits- und Lebensbedingungen deutlich verschlechtert. Dies ist zum einen auf außenwirtschaftliche Schocks zurückzuführen wie die Finanz- und Wirtschaftskrisen von 2002 und 2008, aber auch auf die Abhängigkeit der eigenen Währung vom südafrikanischen Rand, der in derselben Zeit –

In der Tat: Hatten 1990 Begeisterung und Optimismus Namibia und seine Hauptstadt Windhoek erfaßt, so ist heute davon nicht mehr viel übrig. Für eine lebendige zivilgesellschaftliche Szene hatte die seit 1990 regie-

nicht zuletzt wegen des internationalen Vertrauensverlustes gegenüber der Zuma-Administration – drastisch an Wert verloren hat. Auch der Kurssturz des Rand im März 2020 im Gefolge der Erdöl- und Coronakrise bedeutet für den namibischen Dollar eine starke Belastung. Angesichts der hohen Importabhängigkeit Namibias war ein Anstieg der Inflation die unmittel-

Politik stärker nach rechts

bare Folge, auf fast 13% im Jahr 2002 und auf knapp 7% im Jahr 2016, seither zwischen vier und fünf Prozent schwankend. Dadurch haben sich nicht nur die täglichen Lebenshaltungskosten verteuert, sondern

auch Grundstücks- und Mietpreise oder Aufwendungen für Autos (in einem Land ohne viel öffentlichen Verkehr fast ein Muß) und andere gehobene Konsumgüter.

Zum anderen spielen bei der Verschlechterung der Lebensbedingungen auch hausgemachte politische Faktoren eine Rolle: Wachsende Staatsausgaben kamen zum Teil Luxusprojekten wie den von Nordkorea errichteten Prestigebauten (INDABA 89/16), Politikerprivilegien oder der aufgeblähten Armee zugute. Deren Budget stieg zwischen 2002 und 2015 von 2,62% des Bruttonationalprodukts auf 4,48%, einen der höchsten Werte weltweit. Die Steuerreform von 2013 bevorzugte Großverdiener mit einer Begrenzung des Spitzensteuersatzes auf 37%, während die Besteuerung von Kapitalerträgen, Erbschaften oder Grund und Boden nach wie vor fehlt. So liefern die Sektoren Fischerei, Landwirtschaft und Bergbau, die zusammen etwa zwei Drittel der namibischen Volkswirtschaft ausmachen, nur 13% der Steuern. Der im Dorf Otjivero jahrelang getestete

Noch Chancen für

Im Jänner 2008 wurde in Otjivero, etwa 100 Kilometer östlich von Windhoek, das Pilotprojekt *Basic Income Grant (BIG)* gestartet. Alle Einwohner unter 60 Jahren erhielten einen Grundeinkommenszuschuß von 100 Nam-\$ (nach damaligem Kurs weniger als zehn Euro) pro Person und Monat, ohne daß Bedingungen daran geknüpft waren. Das praktische Ziel bestand darin, die Empfehlung des *Namibian Tax Consortium* der namibischen Regierung von 2002 (NAMTAX) für ein Grundeinkommen in ganz Namibia zu testen. Das Pilotprojekt lief über einen Zeitraum von 24 Monaten bis Dezember 2009, und die Erfahrungen waren positiv (INDABA 66/10).

Als Hage Geingob 2015 das Präsidentenamt übernahm und den ehemaligen Bischof Bishop Zephania Kameeta, einen dezidierten Vertreter der Grundeinkommensidee, als »Minister für die Ausrottung der Armut« in die Regierung berief, schien die Einführung eines landesweiten Basic Income Grant vor der Tür zu stehen. Die Hoffnungen wurden allerdings enttäuscht. Aussagen der Regierung über Umverteilung und eine wirtschaftliche Stärkung der Massen wurden zunehmend zu Lippenbekenntnissen. Kameeta hat sich aus der öffentlichen Debatte über ein BIG weitgehend zurückgezogen.

Wie soll es weitergehen? Im September 2019 legte das Ministerium für Armutsbekämpfung und soziale Wohlfahrt den Entwurf eines Grundsatzdokuments zum Sozialschutz in Namibia vor. Darin werden verschiedene Reformen vorgeschlagen, etwa die Einführung eines universellen valorisierten Kindergeldes (bis zum 17. Lebensjahr) und die Beibehalten der universellen (einkommensunabhängigen) Altersrente für Personen ab 60. Darüber hinaus sieht der Entwurf jedoch nur ein Arbeitslosengeld für Personen zwischen dem 30. und dem 59. Lebensjahr mit Familie vor bzw. die Beibehaltung des bisherigen Zuschusses für Behinderte.

Daß die einkommensunabhängigen Beihilfen für Kinder, Behinderte und ältere Menschen einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, wurde schon 2014 von der Internationalen Arbeitsorganisation festgestellt und ist eigentlich unbestritten. Die diesbezüglichen Vorschläge des Ministeriums gehen

Grundeinkommen?

somit in die richtige Richtung. Weniger einsichtig ist hingegen die Reduzierung der Grundeinkommensidee auf das o. g. Arbeitslosengeld. Dieses würde die Jugend ausschließen, also die von Erwerbslosigkeit am stärksten betroffene Altersgruppe. Offiziellen Statistiken zufolge liegt die Arbeitslosigkeitsrate für die 20-24jährigen bei 57%, für die 25-29jährigen bei 42,3% (genereller Durchschnitt: 33,4%). Dies ist willkürlich und sozialpolitisch nicht gerechtfertigt. Darüber hinaus ist zu bemerken, daß nahezu ein Drittel aller Beschäftigten oder Selbständigen unter prekären Bedingungen arbeitet und mehr als die Hälfte über keine Sozialversicherung verfügt. Gerade die beschäftigungsrelevantesten Wirtschaftssektoren wie Landwirtschaft, Forst- und Fischereiwirtschaft, Handel oder Dienstleistungen in Haushalten sind klassische Niedriglohnbranchen, in denen die Beschäftigten weit unter dem nationalen Durchschnitt verdienen. Noch niedriger liegen naturgemäß die Anfangsgehälter, sodaß auch junge Menschen, die über Jobs verfügen, vielfach zu sehr prekären Bedingungen arbeiten, jedoch auch in Hinkunft keine Unterstützung erhalten würden.

Angeichts dieser Struktur des namibischen Arbeitsmarkts und der daraus resultierenden Schwierigkeiten, die genannten Zielgruppen klar zu identifizieren bzw. diese Schwerpunktsetzung verwaltungstechnisch umzusetzen, würde es effizienter erscheinen, gleich ein universelles Grundeinkommensgeld für Personen zwischen 18 und 59 Jahren einzuführen. Dies würde eine soziale Stigmatisierung und mögliche Spannungen zwischen den betroffenen oder nicht-betroffenen Personengruppen vermeiden. Und es hätte noch einen weiteren Vorteil: Schon die NAMTAX-Kommission von 2002 hielt fest, daß die Reduzierung der Einkommensungleichheit in Namibia nicht nur ein soziales Anliegen ist, sondern auch eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Daher wäre die Einführung des Basic Income Grant auch heute noch, zehn Jahre nach dem Pilotversuch, dringlich.

Der obige Text ist die stark gekürzte Zusammenfassung des Forschungsberichts Basic Income Grant. Otjivero – Namibia: 10 years later, Volltext sowie weitere Informationen abrufbar unter <http://www.bignam.org>.



Chinesischer Einfluß in den letzten Jahren gewachsen

Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens, der insbesondere die informell tätige Bevölkerung bevorzugt hätte, wurde vom früheren Präsidenten Hifikepunye Pohamba knapp vor der Realisierung verworfen. Staatsaufträge für Infrastrukturprojekte (Wohn- oder Straßenbauten z. B.) werden häufig intransparent an Verwandte oder Günstlinge von Politikern oder hohen Beamten vergeben, die zum Teil als Strohmänner für ausländische Firmen dienen; die vom Staat bereits bezahlten Leistungen werden dann vielfach nicht oder nur minderwertig erbracht. Korruptionsfälle wie diese werden von den Medien auch regelmäßig aufgedeckt, die gerichtliche Aufarbeitung erfolgt allerdings nur langsam. Politische Verantwortung ist weithin ein Fremdwort. So wurde die wegen Korruption und Falschaussage gerichtlich verurteilte Unterrichts- und Kulturministerin Katrina Hanse-Himarwa zwar im Juli 2019 zum Rücktritt gezwungen, bleibt jedoch bis Ende dieser Legislaturperiode im Parlament (INDABA 103/19) und wurde von ihrer Partei sogar noch in wichtige Ausschüsse nominiert.

Weitverbreitete Verarmung, eine nach offizieller Zählung auf über 33% gestiegene Arbeitslosigkeit und eine Hungerkrise in ländlichen Gebieten sind somit Folge vieler Faktoren – und nicht nur der jahrelangen Dürre, welche die Landwirtschaft schwer in Mitleidenschaft zieht. Laut dem *Early Warning Early Action Report on Food Security and Agriculture*, veröffentlicht

Jänner 2020 von der *Food and Agriculture Organisation* (FAO) der Vereinten Nationen, sind fast dreihunderttausend Menschen in Namibia auf Lebensmittelhilfe der Regierung angewiesen (mehr als 10% der Gesamtbevölkerung), und diese Zahl wird voraussichtlich noch steigen. Die von Armutminister Zephania Kameeta (INDABA 87/15) ins Leben gerufene *Food Bank* hat sich als unzureichend erwiesen, zumal sie sich aus freiwilligen Spenden speist, nicht flächendeckend operiert und nur für registrierte »Arme« zugänglich ist. Immer wieder kommt es dazu, daß »nicht berechnigte« Hungernde abgewiesen werden.

Erstmals seit langem aber macht sich die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Lebenssituation in Namibia Luft – die vielen Jahre politischer Apathie gehen offensichtlich zu Ende.

Soziale Proteste waren früher die Ausnahme – etwa die angedrohten Landbesetzungen des *Affirmative Repositioning Movement* 2015 (INDABA 87/15) oder der

Lehrerstreik 2016 (INDABA 92/16) – und wurden in der Regel schnell beigelegt. Die aktivistische Tradition des Unabhängigkeitskampfes schien erloschen und in disziplinierte Unterstützung der Regierungspartei kanalisiert. Wachsende Fraktionskonflikte innerhalb derselben (INDABA 97/18) sowie die Abhaltung der jahrzehntelang verschleppten Landkonferenz (INDABA 100/18) waren jedoch Indizien für die sich verschärfenden sozialen Probleme. 2019 eskalierten die Proteste in einer seit den 1980er Jahren nicht mehr gekannten Weise. Oft spontan und wenig organisiert, teils von den Behörden toleriert und teils behindert, mischten sich regionalspezifische Forderungen mit grundsätzli-



Studentenproteste am *Namibian College of the Arts* (COTA)

chen Anliegen oder sozialen Problemen. So demonstrierten z. B. im Jänner Bürger/innen in Okahandja gegen einen ungeliebten Councillor, der später zusammen mit mehreren anderen Stadt- und Provinzpolitikern abberufen wurde. In Keetmanshoop protestierten 50 arbeitslose Jugendliche friedlich vor dem Büro der Gouverneurin von //Kharas; 13 von ihnen wurden verhaftet. Im April nahmen ca. 200 Personen an einem Marsch gegen eine »Kultur der Vergewaltigung« und gegen Gewalt gegen Frauen generell teil, wie sie in Namibia an der Tagesordnung ist. Daraus entstand mit Unterstützung der First Lady, Monica Geingos, und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wie *Sister Namibia* oder dem *Legal Assistance Centre* ein aktives #MeTooNamibia Movement. Im Mai 2019 protestierten tausende Studierende gegen den ohnehin schlecht funktionierenden *Namibia Students Financial Assistance Fund* (NSFAF), der 12.000 Stipendienbezieher/innen »wegen Geldmangels« (!) die Unterstützung aberkannt hatte. Auch Gesundheitsaktivist/innen trugen ihre Anliegen auf die Straße, etwa Anfang November an die zweihundert Personen in einem *Mental Health Awareness Walk*. Weiters demonstrierten die Beschäftigten des *Namibia Institute of Pathology* dreimal in diesem Jahr für eine 2018 zugesagte, aber nie realisierte Lohnerhöhung und für bessere Arbeitsbedingungen. An-

lässlich des Anti-Korruptionstages am 9. Dezember beteiligten sich Tausende an einer spektakulären Aktion des *Affirmative Repositioning Movement* in Swakopmund und Walvis Bay, um gegen die wachsende Korruption und die von ihnen erlebte Untätigkeit der zuständigen Behörde zu protestieren. Und auch der Klimawandel wurde zum Thema, mit regelmäßigen Mobilisierungsmärschen von *Fridays for Future* (INDABA 104/19). Das offiziell zum »Year of accountability« ausgerufenen Jahr 2019 wurde in Wirklichkeit zu einem Jahr der Proteste.

Der Höhepunkt der Politisierung sollte allerdings gegen Jahresende erfolgen. Am 12. November veröffentlichte *Wikileaks* Informationen über einen riesigen Korruptionsskandal in der Fischereiwirtschaft – das Kürzel *Fishrot* ist seither in aller Munde. Die größte isländische Fischereifirma, *Samherji*, hatte Fischfangrechte entlang der namibischen Küste zugesprochen erhalten, und im Gegenzug war Schwarzgeld an namibische Politiker, führende Manager der staatlichen Fischereiverwaltung sowie auch an die SWAPO zurückgeflossen (INDABA 104/19). Nach Stand der

Anklagen, die im Februar eingebracht wurden, geht es mittlerweile um ein ganzes Bündel intransparenter Auftragsvergaben im Gesamtwert von hunderten Millionen namibischer Dollar, deren Aufarbeitung die Gerichte noch lange beschäftigen

wird. Weiters werden die Angeklagten der Geldwäsche und Steuerhinterziehung beschuldigt.

Die Affäre traf SWAPO offenbar unvorbereitet in der Endphase des Wahlkampfes; die Rücktritte des Fischereiministers Bernhard Esau und seines für Justiz zuständigen Kollegen Sacky Shangala konnten die

Wächst der Widerstand?

Skandal im Fischereisektor

öffentliche Erregung nicht wirklich kalmieren. Beide Politiker und vier hochrangige Wirtschaftsmanager (die sog. »Fishrot Six«) wurden einige Tage später verhaftet, bei ihrer Überstellung ins Gericht wurden sie vor laufenden Kameras von Passant/inn/en beschimpft – ein in Namibia bisher unerhörter Vorfall. Hunderte arbeitslose Arbeitskräfte der Fischereiindustrie, viele davon aus dem Norden, demonstrierten am 2. Dezember in Walvis Bay gegen Esau. Viele von ihnen hatten 2015 durch die Umwidmung bestehender Fangquoten an Samherji ihre Arbeitsstellen verloren.

Ein »dringender« Antrag der Fishrot Six auf Enthaltung wurde zuerst vertagt, dann in einer vom staatlichen Fernsehen live übertragenen Verhandlung abgelehnt – die Einschaltquoten entsprachen jenen der Neujahrsrede des Präsidenten. Im Jänner wurde ferner auch der Geschäftsführer der staatlichen Fischereiverwaltung (*National Fishing Corporation of Namibia/FISHCOR*), Mike Nghipunya, festgenommen – mit weiteren Enthüllungen ist zu rechnen, wenn im April der eigentliche Prozeß beginnt. Bis dahin bleiben die Angeklagten im Zentralgefängnis von Windhoek.

Zweifellos hatte der knapp vor den Parlamentswahlen publik gewordene Skandal Auswirkungen auf das Ergebnis, insbesondere im Verbund mit der generell gestiegenen Protestneigung der Bevölkerung. Wie bereits im letzten Heft berichtet, stürzte die seit 1990 regierende SWAPO von 80% im Jahr 2014 (77 Mandate) auf 65,45% (63 Mandate) ab und verlor somit die Zweidrittel-Mehrheit. Dies ist ihr schlechtestes Ergebnis seit der Unabhängigkeitswahl 1989, die allerdings von starker südafrikanischer Einflußnahme ge-

prägt war. Bei den Präsidentschaftswahlen verlor Amtsinhaber Hage Geingob etwa ein Drittel und kam nur mehr auf 56,3% der Stimmen. Selbst im bevölkerungsreichen SWAPO-treuen Norden, in dem Wahlen grundsätzlich entschieden werden, waren Verluste zu verzeichnen. Bei Fortschreibung dieses Trends ist ein Szenario nicht auszuschließen, in dem SWAPO – wie der *African National Congress* bereits in einigen südafrikanischen Metropolen – unter die 50%-Marke fallen und sich damit die Frage der Teilung der Regierungsverantwortung mit einer anderen Partei stellen könnte. Das wäre für SWAPO ein Katastrophenszenario, für das in Namibia (und in Afrika überhaupt) kaum eine Tradition existiert und das die Partei unter allen Umständen vermeiden will. Die sich in letzter Zeit häufenden Vorschläge, die auf eine Einschränkung der Sozialen Medien und damit der Proteste hinauslaufen, sind wohl ebenso in diesem Zusammenhang zu sehen wie die Zurechtweisung zweier Minister, die sich für stärkere Korruptionsbekämpfung ausgesprochen hatten, durch den Präsidenten und dessen verbale Ausfälle Anfang Februar, erfolglose Politiker würden die Jugend zu Protest aufhetzen, so beginne nämlich ein Bürgerkrieg (!). Geingob hatte in seiner Neujahrsansprache zwar erklärt, er habe »die Stimme des Volkes« gehört, und ein »gemeinsames Nachdenken« sowie Veränderungen im »business as usual« angekündigt. Inwieweit das aber tatsächlich passieren wird, ist derzeit offen. Möglicherweise wird die Zusammensetzung der neuen Regierung (leider erst nach Redaktionsschluß) Aufschluß darüber geben.

Bereits jetzt mehren sich Anzeichen für ein Abbröckeln der bisherigen Vormachtstellung der SWAPO. Von den sechs seit November erforderlich gewordenen Nachwahlen für die Regional Councils konnte sie nur drei

(Khomasdal, Gobabis und Otjiwarongo) für sich entscheiden. In drei anderen Bezirken gewannen jeweils oppositionelle Kandidaten, nämlich im heiß umkämpften Walvis Bay ein Unabhängiger, in Keetmanshoop die Vertreterin des *Landless People's Movement* und in Opuwo der Kandidat des *Popular Democratic Movement*. Auch das Urteil des Obersten Gerichtshof von Anfang Februar, mit dem der Einspruch des unterlegenen Kandidaten Panduleni Itula gegen die Präsidentschaftswahl abgewiesen wurde, stellt nur teilweise einen Erfolg der SWAPO dar. Zugleich wurde nämlich ein Teil der vorgebrachten Kritik an den elektronischen Wahlmaschinen anerkannt, derer sich Namibia als erster Staat Afrikas bedient. In Zukunft werden die Stimmergebnisse zusätzlich auch in Papierform festgehalten werden müssen, was eine mögliche Wahlmanipulation durch die unbeliebten Geräte ausschließen soll. Eine Aufhebung des Ergebnisses mit der Konsequenz einer Wahlwiederholung hätte für die Regierungspartei freilich einen Super-Gau bedeutet.

Auch wenn politische Kommentatoren bereits von einem Post-SWAPO-Namibia sprechen – die Entwicklung ist noch im Fluß. Gelingt es der SWAPO, durch einen Kurswechsel das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen und eine zweite Chance zu erhalten? Oder werden sich die Proteste vertiefen und die nächsten Wahlen 2024 einen Verlust der seit 1990 innegehabten Mehrheit bringen? So oder so: In Namibia geht eine Ära zu Ende.



Präsident Hage Geingob

Ein Namibia ohne SWAPO?

... spektrum ...

De Klerk über Apartheid. Ein Interview des letzten Apartheid-Präsidenten, Frederik Willem de Klerk, mit dem staatlichen südafrikanischen Fernsehen gab Anlaß zu einer bitteren innenpolitischen Kontroverse. Das Interview fand aus Anlaß der 30. Wiederkehr der Legalisierung der verbotenen politischen Organisationen und der Freilassung Mandelas im Februar 1990 statt. In dem Gespräch bedauerte de Klerk zwar die Brutalitäten der Apartheid, sprach aber auch davon, das Konzept sei (von seinen Gegnern) mißverstanden worden. Insbesondere die Verurteilung der Rassendiskriminierungspolitik durch die Vereinten Nationen als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (1973) sei eine Propagandamaßnahme der damaligen Sowjetunion gegen Südafrika gewesen.

De Klerks Relativierung der Apartheidpolitik, an deren Umsetzung er jahrelang als Minister mitgewirkt hatte, wurde von der *De Klerk Foundation* noch verstärkt (der Geschäftsführer trat letztendlich zurück). In großen Teilen der südafrikanischen Öffentlichkeit stieß sie jedoch auf vehemente Kritik.

Im Parlament sahen sich die oppositionellen *Economic Freedom Fighters (EFF)* wieder zu einem Filibustering veranlaßt, durch welches der Start von Präsident Cyril Ramaphosas *State of the Nation Address* um eineinhalb Stunden verzögert wurde. Grund: Als Mandelas früherer Stellvertreter war de Klerk wie die übrigen (stv.) Präsidenten zur Teilnahme eingeladen worden und saß auf der Zuschauertribüne. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – wie u. a. Erzbischof Desmond Tutu oder Father Michael Lapsley, zu Beginn von de Klerks Amtszeit Opfer

einer Briefbombe, – sprachen sich gegen das Statement von de Klerk aus. Südafrikas früherer Präsident Thabo Mbeki übermittelte ihm ein Exemplar der UN-Erklärung von 1973 zur Kenntnisnahme.

De Klerk hatte bereits früher behauptet, Apartheid sei kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen, etwa bei seiner Anhörung durch die *Truth and Reconciliation Commission (TRC)* 1996. Politische Kommentatoren erinnerten nunmehr daran, daß de Klerk die TRC 1998 durch eine gerichtliche Verordnung gezwungen hatte, eine Passage über seine Mitverantwortung am Bombenanschlag gegen das Gebäude der katholischen Bischofskonferenz in Pretoria im Jahr 1988 nicht zu veröffentlichen. Auch Hinweise, er habe persönlich die außergerichtliche Hinrichtung von vier Anti-Apartheid-Aktivistinnen (Matthew Goniwe, Fort Calata, Sparrow Mkhonto und Sicelo Mhlauli, die sog. *Cradock Four*) autorisiert, wurden nie verifiziert.

Diese und ähnliche Fälle sollen nun allerdings noch einmal von der Staatsanwaltschaft aufgerollt werden (INDABA 103/19) – und das könnte für de Klerk durchaus unangenehm werden. Die EFF haben darüber hinaus an das Nobelpreiskomitee in Oslo appelliert, de Klerk den ihm 1993 gemeinsam mit Nelson Mandela verliehenen Friedensnobelpreis abzuerkennen.

Frederik Willem de Klerk



nen. Die Wunden der Vergangenheit seien wieder aufgerissen worden, kommentierte nicht mit Unrecht die britische BBC.

Präsidentenwahlen in Malawi ungültig. Der Sieg von Amtsinhaber Peter Mutharika (*Democratic Progressive Party/DPP*) bei den malawischen Präsidentenwahlen im Mai 2019 (INDABA 103/19) wurde Anfang Februar vom Verfassungsgerichtshof in Lilongwe für ungültig erklärt. Die sieben Richter fanden die Wahlen zwar nicht vollständig gefälscht, sagten aber in ihrem Urteil, der knappe Sieg Mutharikas über seinen größten Rivalen Lazarus Chakwera (*Malawi Congress Party/MCP*) erschiene infolge von weitverbreiteten Unregelmäßigkeiten zweifelhaft. Vom Parlament wurden daraufhin Neuwahlen für den 19. Mai 2020 angesetzt. Die Amtszeit aller anderen politischen Mandatsträger wurde um ein Jahr verlängert, sodaß im Jahr 2025 wieder harmonisierte Gemeinderats-, Parlaments- und Präsidentenwahlen stattfinden können.

Sowohl der Präsident als auch die *Malawi Electoral Commission* legten gegen das Urteil Berufung ein und forderten einen Aufschub der Wahlen bis zu einem endgültigen Urteil des Verfassungsgerichtshofs (im Gespräch war Oktober). Dieser Antrag wurde jedoch am 13. März abgelehnt – eine weitere empfindliche Niederlage des Präsidenten. In ihrem Spruch vom Februar hatten die Richter auch die Amtsführung der Electoral Commission scharf kritisiert und die Abberufung aller Mitglieder verlangt. Eine solche ist bislang allerdings nicht erfolgt, obwohl etliche öffentliche Protestaktionen das Gericht unterstützten. Ebenso wenig kam es zu einer vom Gericht verlangten Verfassungsänderung, bei der für den Wahlsieg eines Kandidaten eine 50-Prozent-Hürde eingeführt werden sollte. Das

würde jeweils einen zweiten Wahlgang notwendig machen, den Mutharika und seine Anhänger natürlich vermeiden wollen. Den Wahlgang für ungültig zu erklären, hat über Malawi hinaus für die gesamte Region große Bedeutung und wurde z. B. von der Opposition in Zimbabwe mit Aufmerksamkeit verfolgt. Damit verbunden ist auch eine (weitere) Blamage der Wahlbeobachtungstätigkeit der *Southern African Development Community* (SADC), welche unter Vorsitz des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki die malawischen Wahlen von 2019 für rechtmäßig erklärt und ihre Durchführung sogar gelobt hatte.

Mögliche Verfassungsänderung in Zimbabwe. Am Silvester-tag des letzten Jahres veröffentlichte Zimbabwes Regierung einen Gesetzesentwurf für eine Reihe von Verfassungsänderungen, die größtenteils Machterweiterungen für den Präsidenten vorsehen. Beispielsweise dürfte dieser bei Inkrafttreten der Änderungen ohne Ausschreibungsprozedere den Oberstaatsanwalt sowie Richter für den obersten Gerichtshof bestellen und seine zwei Vizepräsidenten unabhängig von den Präsidentschaftswahlergebnissen selbst auswählen (Eine detaillierte Aufstellung der Änderungen inklusive Kommentar befindet sich unter <http://kubatana.net/news/>).

Bevor die Änderungen im Parlament diskutiert werden können, ist verfassungsgemäß eine 90-tägige Frist vorgesehen, in der Kommentare, Meinungen und Kritiken der allgemeinen Öffentlichkeit eingeholt werden müssen. Das Parlament gab Post- und E-Mailadressen bekannt, an die Bürger/innen bis 17. April ihre Meinungen zur Verfassungsänderung schicken können.

Präsident John Magufuli und »sein« Kraftwerk. Tanzanias Präsident liebt Megainfrastrukturprojekte. Die wirtschaftliche Entwicklung ist ihm wichtig, sich ein persönliches Denkmal zu setzen allerdings genauso. Dementsprechend ambivalent werden seine Vorhaben von unterschiedlicher Seite aus wahrgenommen. Etwa 30 Infrastrukturprojekte sind derzeit in



Tanzanias Präsident Magufuli

Vorwürfe gegen dos Santos

Beobachter/innen der angolanischen Politik wurden durch die Enthüllungen des *Internationalen Netzwerks investigativer Journalisten* (ICIJ) Ende Jänner kaum überrascht. Denn daß Isabel dos Santos, die Tochter des Angola jahrzehntelang regierenden Präsidenten José Eduardo dos Santos, ihren Reichtum durch Netzwerke aufgebaut hat, die nur durch die Machtposition der Familie dos Santos möglich waren, ist hinlänglich bekannt. Aufgrund der etwa 700.000 vom ICIJ veröffentlichten Dokumente, E-Mails und Verträge wurden die Dimensionen und die Geschäftspraktiken von Isabel dos Santos aber noch deutlicher, als sie bisher schon waren. Zudem liefern die »Luanda Leaks« viele Unterlagen, anhand derer nun die Unterstützer von dos Santos benannt werden können.

Isabel dos Santos hat über die Jahrzehnte die Stellung ihrer Familie ausgenutzt, um sich ein Milliardenvermögen anzuhäufen. Mit den nun veröffentlichten Dokumenten läßt sich genau nachverfolgen, wie sie etwa Staatseigentum zuerst erworben, über Briefkastenfirmen verkauft und ihre Gewinne in Steueroasen transferiert hat. Für diese Operationen gründete dos Santos mit Hilfe

von Anwälten, Bankangestellten und Wirtschaftsprüfern mehr als 400 Firmen, viele davon in Steueroasen wie Malta, Mauritius oder Hongkong. Bemerkenswert ist dabei, daß sich viele der großen Firmennamen aus dem Finanzgeschäft unter jenen Institutionen finden, die dos Santos bei ihren Geschäften unterstützten: Wirtschaftsprüfer wie *Deloitte, Ernst & Young, KPMG, PriceWaterhouseCoopers* sowie große Banken ermöglichten der Expräsidenten-Tochter erst den Aufbau ihres Imperiums. Das Geld, das dos Santos durch diese Operationen anhäufte, legte sie unter anderem in Luxusimmobilien in aller Welt an, die sie und ihr Ehemann Sindika Dokolo über Scheinfirmen erwarben.

Isabel dos Santos weist sämtliche Vorwürfe zurück. Sie sprach nach der Veröffentlichung der Dokumente von einer »Hexenjagd«. Zudem deutete die derzeit in London lebende Milliardärin in Interviews an, bei der angolanischen Präsidentschaftswahl 2022 antreten zu wollen. Bis es soweit ist, haben eventuell noch ein paar Institutionen ein Wörtchen mitzureden. Die angolanischen Behörden haben Ermittlungen eingeleitet.

Simon Loidl

Arbeit. Magufuli hat die Vision 2025 ins Leben gerufen, die Tanzania bis 2025 eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung bringen soll. Wie auf der staatlichen Website zu lesen ist, soll Tanzania den Status eines Landes mit mittlerem Einkommen erreichen, sich durch ein hohes Maß an Industrialisierung und Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen und qualitativ hochwertige Lebensgrundlagen, Rechtsstaatlichkeit und eine gebildete und lernfördernde Gesellschaft bieten.

Dodoma etwa, die Hauptstadt Tanzanias, bekommt das größte Stadion Afrikas. Ein Wasserkraftwerk im Süden ist etwas bescheidener konzipiert – es wird lediglich das zweitgrößte des Kontinents werden. Doch dieses Wasserkraftwerk, *Stiegler's Gorge Hydroelectric Power Station*, ist höchst umstritten. Die Kontroversen betreffen in erster Linie die Umweltauswirkungen, denn das geplante Projekt liegt in einer Schlucht inmitten des Selous-Wildreservats, dem größten noch existierenden Wildreservat Afrikas. Es umfaßt mehr als 50.000 Quadratkilometer und ist seit 1982 auf der Liste der UNESCO-Weltkulturgüter. Kritik seitens Umweltorganisationen, der Bevölkerung aber auch von Tourismusvertretern ist folglich verständlich. Um die Akzeptanz unter der Bevölkerung zu forcieren, hat Magufuli in die Trickkiste gegriffen: Das Selous-Wildreservat wurde gespalten, nun existiert im oberen Teil ein Nationalpark und ein weiterer Teil weiterhin als Wildreservat. Den Nationalpark hat er nach dem beliebten ersten Präsidenten Julius Nyerere benannt. Ob die Akzeptanz des Wasserkraftwerkes sich durch eine Namensgebung mit einer positiv besetzten Person steigern wird, ist allerdings mehr als fraglich.

■ ■
Daniela Waldgruber

Restitution ist für uns Traumabewältigung Plädoyer für eine post-koloniale Wissenschaftsethik

Professor Ciraj Rassool, Director des African Programme in Museum and Heritage Studies an der University of the Western Cape in Kapstadt, nimmt im Interview mit Walter Sauer zur Entwicklung der südafrikanischen und internationalen Diskussion über die Restitution kolonial geraubter menschlicher Überreste und kultureller Gegenstände (INDABA 104/19) Stellung. Die Repatriierung der Leichnamreste des Ehepaars Pienaar aus Österreich im Jahr 2012 (INDABA 74/12) bildet in seiner Sicht einen wichtigen Präzedenzfall.

Wie ist die Diskussion in Südafrika zum Thema Restitution und Repatriierung seit damals verlaufen? Ich erinnere mich, daß eine der Schwierigkeiten dabei war, daß es auf Eurer Seite noch keine spezielle Strategie dafür gab. Hat sich das mittlerweile geändert?

Die Rückführung der Überreste von Klaas und Trooi Pienaar geschah in der Tat auf einer *ad hoc*-Basis, ebenso übrigens wie die von Sara Baartman, die als Presidential Project behandelt wurde im Kontext des Khoisan Legacy Project. Der Grund dafür war, daß es damals noch kein Konzept, keine nationale Politik gab, weder für die Restitution von menschlichen Überresten noch von kulturellen Artefakten. Im Verlauf der damaligen Verhandlungen und bei der Strategiefindung für die

Rückkehr der Pienaars plädierte das Human Remains Advisory Committee dafür, daß ein Prinzip der Rehumanisierung jeden Schritt des Verfahrens leiten sollte. Das wurde für notwendig gehalten, weil Angehörige der Khoisan in ihrem Leben stets Dehumanisierung erfahren und ihre Überreste nach dem Tod zu musealen Objekten degradiert wurden. Du erinnerst Dich, daß die Repatriierung der Pienaars fast an dieser Frage gescheitert wäre. Wir waren beide Teilnehmer an der Sitzung, bei der ein Vertreter der österreichischen Regierung von rückzuführenden »Objekten« sprach und sagte, eine Überführung von »menschlichen Leichen« wäre nicht möglich, weil dies das europäische Recht nicht erlauben würde. Und daß sie andernfalls Klaas und Trooi Pienaar in Wien bestatten würden. Durch diplo-

matisches Geschick war es damals möglich, diese Krise in den Verhandlungen zu umschiffen.

In Südafrika hatte das Prinzip der »Rehumanisierung« den Effekt, daß man sich in viel stärkerem Ausmaß dessen bewußt wurde, daß sich Überreste vieler Südafrikaner und Südafrikanerinnen, darunter vieler Nachkommen von Khoisan, in europäischen Museen befinden. Und im übrigen auch in südafrikanischen Museen selbst. Eine Auswirkung von 2012 war es, daß dieser Prozeß besonders die IZIKO-Museen in Kapstadt veranlaßte, ihre menschlichen Überreste nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, mit der Begründung, daß es sich dabei entweder um gestohlene oder um von Rassenforschung mißbrauchte körperliche Reste von Menschen handelt. Auf einer anderen Ebene förderte diese Entwicklung die Ausarbeitung einer nationalen Politik in Südafrika, deren Fertigstellung ich für etwa Mitte 2020 erwarte. Dieses Konzept wird dann hoffentlich vom Parlament beschlossen werden, und das würde bedeuten, daß die Regierung ein Budget dafür zur Verfügung stellen muß für Forschung und Forderungen nach weiteren Restitutionsen aus Sammlungen außerhalb Südafrikas. Es sollte ein viel pro-aktiverer Prozeß sein mit vorgegebenen zeitlichen Rahmenplänen, das geht nicht von heute auf morgen, wie wir wissen. Die Restitutionsfrage soll einen wichtigen Stellenwert erhalten.

Abgesehen von diesen institutionellen Entwicklungen, wie hat sich die Forschung seither entwickelt?

Was Pöch betrifft, sind wir in der Lage, noch mehr Menschen namentlich zu identifizieren, deren Überreste illegal von Pöch und seinen Helfern ausgegraben wurden. Wir haben da-

rüber hinaus zwei der vier Felsgravuren identifiziert, die zusammen mit den Leichenresten von Pöch außer Landes gebracht wurden – was er und Menharto übrigens 1910 dementierten. Aus meiner Sicht als Museumshistoriker ist es heute quasi möglich, den Ochsenwagen zu rekonstruieren, mit dem Pöch die Körper der beiden Pienaars und die eingewickelten Skelette von Kruisband, Masebi und Kouw-



Ciraj Rassool

sowie die vier Felsgravuren transportierte – sie gehören zu den toten Körpern, sie haben in diesem Fall eine spezielle Bedeutung. Denn von all diesen Konferenzen und speziell als Resultat der Zusammenarbeit unserer namibischen Kollegen mit dem Ethnologischen Museum Dahlem in Berlin haben wir gelernt, daß in gewissem Ausmaß auch Objekte unsere Vorfahren sind, daß sie eine Seele haben. Objekte sind wie menschliche Überreste.

Ist Südafrika nur der empfangende Teil? Gibt es nicht auch in südafrikanischen Museen menschliche Überreste aus anderen Ländern?

Südafrika ist eine interessante Gesellschaft mit multiplen und simultanen Kolonialismen und Kolonialitäten. Eine davon ist Südafrikas koloniale Okku-

pation Namibias. Als Konsequenz davon erhielt das South African Museum in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Gebeine von Opfern einer Hungerkatastrophe, die damals den Norden Namibias erschütterte, vom dortigen Native Commissioner Cocky Hahn geschenkt.

Ebenso war es mit dem Medical Officer in Windhoek namens Fourie. Diese menschlichen Überreste sind nun nicht mehr öffentlich zu besichtigen, und schon vor etlichen Jahren hat der zuständige Minister die IZIKO-Museen autorisiert, Rückführungen vorzubereiten. Aber dieser Prozeß – es geht ja nicht nur um ein Event – kostet viel Geld. Es geht um viel Recherche. An wen gibst Du die Überreste zurück? Wo findet das statt? Wer sind die Partner? Unsere Regierung ist sich dessen bewußt, und es würde sicher eine unglaubliche Dynamik für die Beziehungen zwischen unseren Ländern auslösen, wenn die Repatriierung stattfinden könnte.

Ein Problem im Fall Namibia ist aber auch, daß die Tragödie der Restitutionsen aus Deutschland zum Spielball der Innenpolitik geworden ist. Die Frage dort ist: Wer darf eine Forderung stellen? Wer sind die Nachkommen der Gesellschaften, die vom Ausrottungsbefehl betroffen waren, und welche Gruppen waren es nicht? In der Innenpolitik Namibias gibt es eine gewisse Tendenz, mit Hinweis auf die den namibischen Staat dominierenden Gruppen die Souveränität des Staates generell in Zweifel zu ziehen. Andere Souveränitäten intervenieren als »Herero« und »Nama« und fordern für sich ein exklusives Recht, weil die Rückführung von Gebeinen und Objekten ja auch mit der gerichtlichen Klage um Reparationen verbunden ist.

Die Restitution menschlicher Überreste ist in Namibia nur ein Aspekt einer größeren Forderung nach Repa-

rationen. Interessant ist auch, daß auf deutscher Seite die Kollegen Schädel zurückgehalten haben, die als Ovambo bezeichnet werden. Die wurden nicht an Namibia zurückgegeben. Wenn das geschehen wäre, hätte sich ein ganz anderes Resultat ergeben. Es geht ja bei der Rückgabe von menschlichen Überresten nicht nur um Khoisan, wie das auch die südafrikanische Regierung glaubt. Die Sammlungen in Berlin enthalten Leichnamreste auch von zahlreichen bantu-sprechenden Menschen. Viele von ihnen stammen von Schlachtfeldern und wurden in kriegerischen Kontexten erworben. Hier muß man Entscheidungen treffen, und je nachdem haben diese Entscheidungen unterschiedliche politische Konsequenzen. Mehr als je zuvor wird übrigens das Ausmaß der kolonialen Gewalt deutlich, unter deren Bedingungen menschliche Überreste erworben wurden. Ihre Rückgabe ist daher Teil eines Prozesses der »sozialen Erholung«, einer Erholung von den Jahrhunderten, die von kolonialer Gewalt und Dehumanisierung geprägt waren. Unsere Vorfahren zur Ruhe zu legen ist wichtig, um diejenigen, die heute leben und in Zukunft noch leben werden, von den jahrhundertelangen traumatischen Erfahrungen von Gewalt und Rassismus zu befreien.

Das ist ein sehr afrikanischer Zugang, für den Museen in Europa oder den USA aber vielfach das Verständnis fehlt. Hier werden ethnographische Objekte oder Überreste menschlicher Leichname vielfach noch als Studienmaterial für wissenschaftliche Zwecke verstanden. Wenn wir Restititionen aber als Gesprächsprozeß auf gleicher Augenhöhe verstehen, wie können diese vollkommen unterschiedlichen Betrachtungsweisen je zusammenkommen?



Wiener Expert/innen im Gespräch mit dem Historiker aus Kapstadt

Ich glaube, daß es auch hier eine Entwicklung gegeben hat. Die Berliner Erfahrung mit den namibischen Kollegen hat uns gezeigt, daß kulturelle Objekte ihre unglaublich große Bedeutung in einem sozialen Kontext gehabt haben. Als sie dann von Europäern erworben wurden, wurden sie in ethnographische Objekte verwandelt, sie unterlagen einem Prozeß der Ethnographisation. Objekte wurden vielfach falsch bewertet, sie wurden in ethnologische Sammlungen gesteckt, während es doch viel angebrachter gewesen wäre, von ihnen als Zeugnisse eines Genozids zu sprechen, von Objekten aus einer wichtigen und interessanten historischen Epoche. Die Forschung in verschiedenen deutschen Museen hat gezeigt, unter welchen Umständen Soldaten Objekte erwarben. Was kam zuerst? Daß dem Kind ein ethnographisches Objekt entrissen und es dann ermordet wurde – oder umgekehrt? Hat das Objekt zur Ermordung geführt, oder hat die Ermordung die Sammlung ermöglicht? Daran läßt sich erkennen, wie eng das Verhältnis von Objekt und menschlichen Überresten eigentlich ist.

Das wissenschaftsgeschichtliche Problem ist, daß beide Aspekte von

einander getrennt und an verschiedene wissenschaftliche Institutionen verteilt wurden. Sie wurden segregiert in verschiedene wissenschaftliche Disziplinen. Das passierte ja auch mit der Pöch-Sammlung hier in Wien.

Daher Dein Plädoyer, die Forschung nicht nach einzelnen Museen getrennt durchzuführen, sondern nach Sammlungen?

Ja, genau. Und es geht noch darüber hinaus. Selbst in Deutschland geht z. B. die Debatte im International Board der Luschan-Sammlung in die Richtung, daß die Interessen der Wissenschaft gegenüber dem Interesse an der Entwicklung einer neuen Museumsethik als sekundär betrachtet werden müssen. Das Argument, das man gelegentlich auch in Wien hört, daß es ein Interesse der Wissenschaft am Erhalt an einer vollständigen Palette menschlicher physiologischer Muster gibt, kann nicht wichtiger sein als die Erinnerung an die Gewalt, unter der gewisse menschliche Überreste erworben wurden. Wir sind in einem neuen Moment, um über Ethik sprechen, und Ethik ist nicht eine Art von quasi-religiöser Überzeugung, sondern Ethik ist eine Politik der Menschlichkeit. Wir müssen eine neue Ethik so-

zialer Beziehungen außerhalb des kolonialen Rahmenwerks in Gang setzen, welches uns dorthin gebracht hat, wo wir heute sind.

Wir leben im Inneren langfristiger Effekte von Sklaverei und Kolonialismus, und diese Situation müssen wir effektiv bekämpfen.

Der von Frankreichs Staatspräsident Macron in Auftrag gegebene Bericht von Felwine Sarr und Bénédicte Savoy hat auch in Österreich etwas in Gang gesetzt. In der Erfahrung der Pienaar-Repatriierung von 2012, welche Erwartungen hättest Du an Österreich, oder welche Vorschläge?

Die Repatriierung der Pienaares 2012 ist von einer kleinen Gruppe in Gang gesetzt worden, wir beide waren darunter, und wir in Südafrika sind für immer dankbar, daß Du und SA-DOCC damals aktiv geworden seid und es ermöglicht habt, daß die verschiedenen Elemente zusammenkommen konnten. Ohne Euch wäre es nie geschehen. Und das war wahrscheinlich auch der Grund, daß die Initiative für uns so überraschend gekommen ist, außerhalb der richtigen Zeit und unter so außergewöhnlichen Umständen. Aber dadurch war die Auswirkung auch größer als es bei anderen Gelegenheiten der Fall ist.

Du hast recht, die Welt hat sich seither geändert. Der Sarr-Savoir-Report hat in ganz Europa Auswirkungen gezeigt, Südafrika ist nahe daran, eine Politik dafür zu verabschieden, und in Österreich hat es die neue Regierung in ihrem Programm. Wenn ich diese Entwicklung unterstützen kann, möchte ich das jedenfalls tun, auch im Andenken an den verstorbenen Martin Legassick. 2012 hatten wir einen Plan, daß die Repatriierung der Auftakt zu einem längeren Prozeß sein würde. Wissenschaftler/innen von beiden Sei-

ten würden gemeinsam ein Inventar aller menschlichen Überreste und kulturellen Materialien in allen österreichischen Institutionen erarbeiten, und danach würden die beiden Regierungen in Verhandlungen darüber treten, was davon nach Südafrika zurückzugeben wäre.

Dazu sollte es nach dem Wunsch der Regierungen auch ein Memorandum of Understanding geben. Aber dabei blieb es dann auch, Regierungen vergessen schnell, und Beamte haben anderes zu tun, und sie wechseln oft ihre Funktion. Jetzt scheint es wieder einen stärkeren politischen Willen zu geben, die verschiedenen Institutionen wie das Weltmuseum

sind bereit, sich auf eine neue ethische Grundlage zu stellen. Wir hatten eine gute Besprechung mit den Kolleginnen und Kollegen von den verschiedenen Sammlungen, und wir nehmen in Aussicht, im gedachten Sinn erneut an die beiden Regierungen heranzutreten. Ich hoffe sehr, daß die Zeit reif geworden ist und wir in den nächsten Jahren diese Angelegenheit auf eine weit höhere Ebene heben können.

Rudolf Pöch hat uns zu Beginn des 20. Jahrhunderts in eine Beziehung gesetzt. Wir müssen diese Beziehung nun verändern. Die koloniale Basis, auf der sie noch existiert, muß in eine postkoloniale verwandelt werden. ■

2012: Klaas und Trooi Pienaar

Lange Zeit galt der österreichische Anthropologe und Ethnologe Rudolf Pöch (1870–1921) als Wissenschaftspionier und Aushängeschild der Universität Wien. Nach seinem frühen Tod erhielt er ein Ehrengrab auf dem Zentralfriedhof, im Arkadenhof der Universität wurde eine Gedenktafel angebracht und eine Gasse im 14. Bezirk nach ihm benannt. Seit der kritischen Forschung der 1990er Jahre gilt Pöch aber als Vorläufer der nationalsozialistischen Rassenforschung.

Daß die Umstände seiner Akquisitionen von Skeletten und Schädeln in Australien und Neuguinea problematisch gewesen waren, war bekannt. Die Diskussion zu Südafrika aber brachte erst ein kritischer Kommentar in INDABA 2007 ins Rollen. Kapstädter Historiker, Martin Legassick und Ciraj Rassool, hatten zuvor Belege veröffentlicht, wonach ein Agent Pöch's 1909 frisch bestattete Leichen von Landarbeitern aus ihren Gräbern gescharrt hatte, gegen den

Protest der Angehörigen und unter Androhung polizeilicher Gewalt; als sog. Buschmänner sollten sie in Wien anthropologisch untersucht werden. Maria Teschler-Nicola vom Naturhistorischen Museum gelang in Folge die Identifikation der Überreste eines Ehepaars, Klaas und Trooi Pienaar, in der Sammlung der Akademie der Wissenschaften. Im April 2012 wurden diese von der österreichischen Regierung einer hochrangigen südafrikanischen Delegation übergeben und im August desselben Jahres in einem Ehrengrab in Kuruman wiederbestattet. (INDABA 74/12)

Die Rede des damaligen Präsidenten Jacob Zuma bei diesem Staatsbegräbnis ist abrufbar unter <http://www.thepresidency.gov.za/speeches/speech-president-jacob-zuma-occasion-reburial-mr-and-mrs-klaas-and-trooi-pienaar-kuruman%2C>. Ein kurzer Mitschnitt findet sich unter www.youtube.com/watch?v=p8rleownb8U.

nierarbeit« und, obwohl weiter mitten im Township, ist es heute ein stabiler Ort der sozialmedizinischen Beratung und Betreuung weit über die pädagogische Arbeit im Kinderhaus hinaus, in dem sowohl ein Arzt seine Praxis hat als auch eine Sozialarbeiterin zur Verfügung steht. Besonders schön ist ein Netzwerk von Schulen, vor allem aus Deutschland und den Niederlanden, die unsere Arbeit seit Jahren mit Projekten wie Sponsorläufen oder Weihnachtsbasaren begleiten.

Letzte Woche nun erhielten wir vom für uns zuständigen Sozialministerium den Auftrag, einen »Dienstplan« zu erstellen, was wir zu tun beabsichtigen, um die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen vor dem Corona-Virus zu schützen.

Gute Frage. Dem E-Mail des Ministeriums ist ein Plakat in mehreren afrikanischen Sprachen beigefügt, auf dem allgemeine Hygiene-Hinweise stehen, die wir bereits seit Wochen befolgen: Regelmäßig Hände waschen, Toiletten, Küchen und alle Türgriffe regelmäßig desinfizieren, kein Händeschütteln mehr sowie in den Ellbogen husten. Das alles machen unsere Kinder mit viel Ernst, denn wir haben im Kinderhaus – anders als die meisten Mitbewohner/innen im Township – fließendes Wasser, sogar warm und kalt, und ausreichend Toiletten, getrennt für Mädchen und Buben.

Darüber hinaus hatten wir bereits unter uns beschlossen, Besucher/innen aus Europa, die sich bei uns für die kommenden Wochen angemeldet hatten, abzusagen. Nun kam auch der Kinderhaus-Vorstand zusammen, um zu beraten, was wir dem Sozialministerium antworten können. Unser Arzt, ein erfahrener Mann von Anfang sechzig, erklärt ruhig: »Covid-19 wird in Kürze auch bei uns im Township sein – und es wird fürchterlich werden,



Mit Besuchern im Kinderhaus (2. v. li.: Lutz van Dijk)

weit schlimmer als alles, was selbst aus Ländern wie Italien bisher bekannt ist. Die meisten unserer Nachbarn werden sich nicht mal minimal schützen können, und bei den ersten ernstesten Erkrankungen wird es auch nicht ausreichend stärkende Medikamente geben, von Krankenhausbetten ganz zu schweigen. Auch einige unserer Kinder und Jugendlichen werden sich infizieren und einige der Erzieher/innen.« Und sonst im Township? »Viele Menschen werden sterben, nicht nur Ältere, sondern auch viele, deren Immunsystem aus anderen Gründen eingeschränkt ist.«

Nachdem in einer Schule in einem wohlhabenden Stadtteil Kapstadts letzte Woche ein 14jähriger Junge positiv auf Covid-19 getestet wurde, haben seitdem seine und sieben weitere Schulen ihren Betrieb mit sofortiger Wirkung eingestellt. Wir jedoch können niemals schließen, unsere Kinder und Jugendlichen haben nur uns als Zuhause. Wir bedenken derzeit einen Plan, nach dem wir uns, wenn es erste Infektionen auch bei uns geben sollte, aufteilen können in kleinere Gruppen von Kindern und Erwachsenen sowohl innerhalb des Kinderhauses als auch bei einigen möglicherweise privat. Selbstisolation im Township-Stil.

Dann die Frage an den einzigen

Hausarzt nicht nur für uns, sondern auch für die anderen 40.000 Bewohner/innen von Masiphumelele: »Und wenn du dich infizierst?« Ohne Zögern antwortet er: »Dann bleibe ich 14 Tage daheim und hoffe, daß ich es überstehe. Danach komme ich wieder zum Dienst, ganz klar.«

Es steht außer Frage, daß dies für uns alle gilt. Die Stimmung bleibt während des gesamten Treffens ruhig und bedacht. Im Fernsehen sehen wir einen Abend später, wie der Präsident die Situation zur »nationalen Katastrophe« erklärt und Einreiseverbote für alle »Risiko-Länder« verkündet. Dazu zählt inzwischen auch Deutschland. Die sich selbst links nennende Oppositionspartei EFF verlangt, daß alle Menschen, die in nächster Zeit positiv getestet werden, in Quarantäne auf Robben Island untergebracht werden sollen, jener Gefangenen-Insel, auf der Nelson Mandela mehr als zwei Jahrzehnte inhaftiert war.

Dr. Lutz van Dijk, deutsch-niederländischer Historiker und Autor, u.a. von »Afrika – Geschichte eines bunten Kontinents«. 2016 hat er beim SADOCC-Forum Südliches Afrika in Wien referiert. Gerade erschienen ist sein Roman »Kampala – Hamburg«. Für die rasche Übermittlung des Beitrags bedanken wir uns bei Dr. Ben Khumalo-Seegelken.

Von Spritzen und Lackstiften

Trotz Ressourcenknappheit und Ärztemangel tun Zimbabwes Pflegekräfte ihr Bestes, um eine gute Krankenversorgung zu gewährleisten. Hilfreich ist dabei unter anderem das ausgeklügelte Gesundheitssystem. Ein Einblick in den Berufsalltag von Daniel Stögerer.

Plump wackeln die Köpfe im schaukelnden Rettungswagen hin und her. Allein der Fahrer sitzt steif auf seinem Sitz und hält das Lenkrad mit beiden Händen fest umschlossen, während er das steinige Bett eines ausgetrockneten Baches quert. Als die Vorderreifen kurz durchdrehen, verliert er nicht die Nerven, sondern runzelt nur die Stirn und verändert den Lenkeinschlag ein wenig, worauf sie wieder greifen und das Fahrzeug zurück auf die Sandpiste hieven. Staub wirbelt hinter dem beschleunigenden Wagen hoch und taucht die blattlosen Sträucher am Straßenrand in rostbraunen Nebel. Der umgebaute *Isuzu D-Max* transportiert heute allerdings keine Patienten, sondern ein Team aus Pflegekräften. Zwei Diplomkrankenschwäger sitzen zusammengequetscht auf dem Beifahrersitz, und zwei Pflegehelfer schwitzen dahinter im unbelüfteten Laderaum. Bei ihnen klappern auf der vibrierenden Ladefläche Schachteln mit mehreren hundert Spritzenkanülen und zwei Kühlboxen voller Impfstoffampullen. Die Spitalsangestellten sind auf dem Weg zum Dorf Gwatagwata am Rande ihres Einzugsgebietes im nordwestlichen Zimbabwe, um Kinder gegen Masern und Röteln zu impfen.

Innovativ gegen Malaria



Impfaktion im Dorf Gwatagwata

Zimbabwes Gesundheitsversorgung ist sehr gut auf die mangelnde Mobilität im Land abgestimmt. Vor allem in ländlichen Gebieten müßten Mütter ihre Kinder für Auffrischungsimpfungen auf zum Teil fünfständigem Fußweg in die nächste Klinik tragen. Da solche Wegstrecken in Kombination mit brütender Hitze zu schlechten Durchimpfungsraten führten, ging man dazu über, die Impfungen zu den Kindern zu bringen. Auch andere Dienste werden patientennah angeboten: Bei sogenannten Dorfgesundheitsarbei-

tern können Mütter ihre Kleinsten zum Beispiel monatlich auf Mangelernährung untersuchen lassen oder bei scheinbaren Erkältungssymptomen einen Malariaschnelltest machen. Um Hausgeburten zu vermeiden, ziehen Frauen spätestens ab der 36. Schwangerschaftswoche in speziell dafür eingerichtete Wohnungen bei den Spitälern ein. Dort erreichen sie bei Eintritt der Wehen nicht nur den Kreißaal innerhalb von Minuten, sondern werden davor auch täglich von Hebammen betreut und erhalten Gesundheitsberatung zu Themen wie Stillen oder Familienplanung.

Die Warteschlange zieht sich bis ans andere Ende des Klassenzimmers, macht dort einen Bogen, kommt wieder zurück, führt zur Tür hinaus und läuft hinter den Fenstern weiter, durch die einige Frauen bereits ungeduldige Blicke hereinwerfen. An die zweihundert Kinder hängen an den Rockzipfeln ihrer Mütter oder dösen in Tragetüchern auf ihren Rücken, als das Team mit dem Rettungswagen bei Gwatagwas Volksschule vorfährt. Nun starren sie alle bangend zur Spitze der Schlange, wo Pfleger und Pflegerinnen bereits mit dem Impfen begonnen haben.

Die Arbeit rennt wie am Fließband. Einer trägt die nötigen Impfungen in den Mutter-Kind-Paß ein, eine zieht laufend Spritzen auf, einer impft und eine notiert Daten für die Statistik. Die wahrscheinlich schwierigste Aufgabe kommt dem Rettungsfahrer zu. Dieser muß nämlich abschließend den Zei-

gefingernagel eines jeden geimpften Kindes mit einem Lackstift schwarz anmalen, um sicherzustellen, daß keiner doppelt drankommt.

Die eben von der Spritze traumatisierten Kinder halten den Stift allerdings für eine weitere Nadel und wehren sich schreiend und tretend vor einer zweiten Behandlung. Geduldig lächelnd drückt er ihnen den Stift in die Hand und läßt sie auf seiner Handfläche zeichnen, um ihr Vertrauen zu gewinnen. Seine Hände sind schon

bis zu den Gelenken voll wasserfester Farbe. Masern, Röteln, Kinderlähmung und Tetanus sind nur einige Beispiele für Krankheiten, gegen die Kinder in Zimbabwe standardmäßig geimpft werden.

Bei den ersten Impfterminen im Alter von sechs und zehn Wochen untersuchen Pfleger die Kinder zusätzlich auf sich abzeichnende Fehlbildungen sowie Mangelernährung und

versorgen sie bei Bedarf mit therapeutischer Nahrung. Ein relativ ausgeklügeltes Programm, das laufend evaluiert und an internationale Standards angepaßt wird. Innovative Lösungen finden die Gesundheitsbehörden auch im Kampf gegen Malaria. Das *Zimbabwe Assistance Program in Malaria* bezeichnet die nationale Strategie gegen die von Gelsen übertragene Krankheit. Sie beschränkt sich nicht nur auf die kostenlose Behandlung Erkrankter, sondern beinhaltet auch saisonale Verteilung von Moskitonetzen, Insektizidbesprühung von Eigenheimen und Aufklärungskampagnen via Radio und Fernsehen. Bezirke verfolgen abhängig vom Aufkommen entweder die Kontrolle oder Elimination des Malariaerregers. Ein Landesprofil der WHO vermeldete einen Rückgang der jährlichen Malaria-toten Zimbabwes von knapp 40.000 auf etwa 5.000 zwischen 2005 und 2015, was nicht zuletzt auf die Einführung kostengünstiger Schnell-diagnostetests zurückzuführen war.

Mobile Kliniken wichtig

Vier Monate Streik

Als die Regierung Zimbabwes der *Zimbabwe Hospital Doctors Association (ZHDA)*, einer Berufsvertretung der Ärzteschaft, bei Gehaltsverhandlungen im letzten September eine weit unter der Inflation liegende Gehaltserhöhung von 60% anbot, rief ZHDA-Präsident Peter Magombeyi alle Assistenzärzte der in den Großstädten Bulawayo und Harare liegenden Spitäler zum Streik auf. Der Grund: Das derzeitige Gehalt reiche ihnen nicht mehr zum Leben.

Die Forderungen: US-Dollar-indexierte Gehälter und angemessene Ausstattung der Spitäler mit Arbeits-

material und Medikamenten. In Reaktion brachte die Regierung im Schnellverfahren eine Gesetzesänderung durch, die Gesundheitsbediensteten das Streiken verbot, und ließ Peter Magombeyi von der Geheimpolizei entführen. Als der von Folter gezeichnete ZHDA-Präsident wenige Tage später wieder auftauchte, reagierten seine Kollegen allerdings nicht mit Resignation, sondern mit Solidarität und verfochten ihre Forderungen noch emotionaler als zuvor, worauf die Regierung dazu übergang, die Streikenden zu entlassen. Ende November waren bereits 448 Assistenzärzte und

57 mitstreikende Oberärzte arbeitslos. Präsident Emmerson Mnangagwa erteilte den entlassenen Ärzten eine 48-stündige Frist, zu ihrer Arbeit zurückzukehren, die einige wenige in Anspruch nahmen. Ansonsten veränderte sich die Lage zwischen den verhärteten Fronten kaum. Erst als die vom zimbabwischen Milliardär und Econet-Gründer Strive Masiyiwa finanzierte *Higherlife Foundation* sich im Jänner dazu bereitklärte, den Assistenzärzten ihre geforderten Gehälter zu bezahlen, kehrten diese nach und nach an ihre Arbeitsplätze zurück.



In der eben noch prall gefüllten Klasse ist es still geworden. Alle haben ihre Spritze bekommen und sind inzwischen zu Hause oder am Weg dorthin. Lediglich die Pfleger sitzen noch an einem kleinen Tisch beisammen, wo auf einem großen Teller eine tüchtige Portion Maisbrei mit Gemüse dampft. Ein kleines Dankeschön der Gemeinde. Bevor allerdings jemand zulangt, wird eine Wasserkanne mit einem Lavoir durch die Runde gereicht, und ein jeder hilft dem anderen beim Händewaschen. Auf die Händehygiene vor und nach jeder Mahlzeit wird selbst in den abgelegensten Bauernhöfen Zimbabwes, wo man traditionell mit den Händen isst, streng geachtet. Wo es, wie in der Volksschule, keine Wasserhähne gibt, gießt man sich das Wasser gegenseitig aus einer Flasche oder Kanne über die Hände in eine Schüssel. Eine löbliche Tradition, die allerdings keineswegs die generelle hygienische Situation in den Eigenheimen widerspiegelt. Mangels Wasseranschlüssen verrichten viele Menschen am Land nämlich ihre Notdurft im Busch oder in Latrinen. Zum Trin-

ken und Kochen dient Brunnenwasser, ist das auch nicht zugänglich, wird auf Flußwasser zurückgegriffen. Durchfallerkrankungen sind typische Einweisungsgründe in Spitäler, dort sieht die hygienische Situation allerdings auch nicht gerade glänzend aus.

Die andauernde Wirtschaftskrise zwingt die Krankenhäuser nämlich an allen Ecken und Enden zum Sparen. Einweghandschuhe werden für blutige Arbeiten wie Geburten zurück-

**Qualifiziert,
aber
unter-
finanziert**

gehalten, und Händedesinfektionsmittel ist in manchen Institutionen gar nicht vorhanden. Teils verfügen die Landspitäler nicht einmal über fließendes Wasser, da das Geld zur Reparatur kaputter Pumpensysteme fehlt. Auch Medikamente sind aufgrund der wirtschaftlichen Situation teils über Monate nicht erhältlich, sehr zum Leidwesen des Pflegepersonals, das die Patienten trotz adäquater Ausbildung nicht fachgerecht versorgen kann. Das Pflegepersonal ist auch die Berufsgruppe, die zahlreiche Landspitäler und Kliniken am Laufen hält, da es aufgrund des Ärztemangels vieler-

orts keine Mediziner gibt. Das *Binga District Hospital*, ein Bezirksspital mit 170 Betten im Norden des Landes, beschäftigt zum Beispiel lediglich einen Arzt. Kurzum: So gut Zimbabwes Gesundheitssystem auf die Ressourcenknappheit im Land abgestimmt sein mag, es braucht dennoch Geld, um zu funktionieren.

Daniel Stögerer ist Mitglied von »PFAU – Promise Foundation Austria« und Zimbabwe-Redakteur von INDABA. Er kam vor kurzem von einem mehrmonatigen Praktikum in zwei Spitälern Zimbabwes zurück.

Landrückgabe in Zimbabwe.

Nach Kompensationszahlungen in Höhe von umgerechnet 17,5 Mio. US-\$ im vergangenen Jahr an weiße Farmer, die im Zuge der Landreform Anfang der 2000er Jahre enteignet wurden, reservierte Zimbabwes Regierung auch heuer 21 Mio. US-\$ des Staatsbudgets für denselben Zweck. Zudem können Enteignete heuer auch alternativ zu finanzieller Entschädigung die Rückgabe ihres Landes beantragen. Diese Möglichkeit besteht jedenfalls für einheimische Farmer und solche, deren Heimatland zum Zeitpunkt der Enteignung ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Zimbabwe betrieb (wie z. B. Österreich). Grundlage für die Zugeständnisse ist die 2013 mit der Opposition verabschiedete Verfassung, die eine Entschädigung der enteigneten Farmer vorsieht.

Ob diese das Angebot der Regierung annehmen werden, ist derzeit noch nicht bekannt. Einzelne Farmer, wie der im Exil lebende David Jesse, äußerten heftige Kritik: »Wohin kehre ich zurück? Was ist mit meinem Haus, meinem Fuhrpark und meinen Tieren? Wer wird mir das alles ersetzen?«

Frauennetzwerk GMPIS:

Eigeninitiative und Solidarität

Anlässlich der Flutkatastrophe in Moçambique 2019 (INDABA 102/19) beteiligten sich zahlreiche SADOCC-Mitglieder an einer Unterstützungsaktion für das Frauennetzwerk GMPIS in Beira. Heike Friedhoff stellt die Organisation und ihre Aktivitäten vor.

Die *Grupo de Mulheres de Partilha de Ideias de Sofala* (»Frauengruppe in Sofala, die ihre Ideen teilen«) wurde 2014 in der Provinzhauptstadt Beira von ca. zwanzig Frauen gegründet, die das Bedürfnis hatten, sich in einem sicheren und solidarischen Raum über ihre Probleme, Herausforderungen und Ideen bezüglich ihrer eigenen Situation und der von anderen Frauen auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Mittlerweile hat GMPIS ca. 30 Mitgliedsorganisationen aus Beira selbst, aber auch aus fast allen Distrikten der Provinz Sofala.

Themen, die GMPIS bearbeitet, sind Frauenrechte, Feminismus, Gewalt gegen Frauen, Landrechte, wirtschaftliche Unabhängigkeit und andere. Sie werden von der Realität der Frauen bestimmt, und aufbauend auf ihrer Erfahrung werden kleine Fortbildungen abgehalten und konkrete Maßnahmen entwickelt, um ihre Situation zu verbessern. Oft finden diese Workshops in der Lokalsprache statt, da viele Frauen, vor allem im ländlichen Raum, kein Portugiesisch sprechen. Außerdem organisiert GMPIS einmal jährlich ein Frauensolidarcamp in einer Gemeinde, in der die Frauen Probleme haben. An diesen Camps nehmen bis zu 300 Frauen aus Moçambique und anderen Ländern teil



Die Koordinatorin GMPIS bei der Übergabe von Spenden

und übernachten in Zelten in der Gemeinde. Die Versorgung wird mit lokalen Lebensmitteln gewährleistet, und auch die Männer der Gemeinde werden in Debatten über Gewalt gegen Frauen und Frieden und Sicherheit miteinbezogen.

Ein weiteres Thema, das 2019 traurigerweise sehr viel Relevanz bekommen hat, ist die Auswirkung des Klimawandels auf das Leben der Frauen. Verschiedene Studien weltweit und auch die Erfahrung in Moçambique zeigen, daß Frauen aufgrund ihrer sozialen Rolle in der Gesellschaft stärker von den Auswirkungen betroffen sind und eher und häufiger sterben als Männer. Als Kin-

der lernen z. B. viele Mädchen nicht, auf Bäume zu klettern oder zu schwimmen, was in Notsituationen lebensrettend sein kann. Gerade im ländlichen Raum ist die Hauptinformationsquelle das lokale Radio. Die Radiogeräte befinden sich meist im Besitz der Männer, sodaß diese zuerst informiert sind, die Frauen oft erst viel später.

Am 14. März 2019 wurde das Zentrum von Moçambique durch den Zyklon IDAI und nachfolgende Überschwemmungen stark zerstört (INDABA 102/19). Hunderte von Menschen verloren ihr Leben, Hunderttausende ihre gesamte Existenzgrundlage. Die Provinzhauptstadt Beira war tagelang vom Rest des Landes abgeschnitten, Lebensmittel wurden knapp, Krankheiten wie Malaria und Typhus breiteten sich aus. Der Distrikt Buzi stand komplett unter Wasser, Menschen warteten tagelang auf Bäumen und Hausdächern auf ihre Rettung.

Obwohl viele der GMPIS-Aktivistinnen selbst große materielle Verluste

**Klimawandel:
Frauen
stärker
betroffen**

erlitten hatten, begannen sie am Tag nach dem Zyklon, jenen Frauen, die in einer noch schlechteren Situation waren, zu helfen. Schnell hatten sie eine große Zahl identifiziert, die dringend Unterstützung brauchten. Ein

Aktiv für gerechten Wiederaufbau

Komitee aus zehn Aktivistinnen machte sich daran, mit den begrenzten Mitteln sehr arme Frauen, alleinerziehende Mütter, alte Frauen, Frauen mit Behinderungen und Mädchen mit Geschwistern, die ihre Eltern im Zyklon verloren hatte, prioritär zu begünstigen.

Mit Hilfe von Aktivistinnen in Maputo wurde eine Spendenplattform eingerichtet, Spenden aus aller Welt begannen die Frauen zu erreichen. Viele Menschen starteten kleine Initiativen, und auf diese Weise kamen mehr als 45.000 Euro zusammen. Zusätzlich erhielt GMPIS Unterstützung durch Nothilfeprojekte verschiedener Organisationen im Gesamtwert von ca. 140.000 Euro, um das Leid der Frauen zu lindern. Auch SADOCC hat mit seiner Spende einen Beitrag geleistet. Mit den Geldern wurden Lebensmittel, Haushaltsutensilien, Saatgut und Werkzeug, Baumaterialien, aber auch Schulmaterialien und Hygienekits für Mädchen gekauft. Für einige ältere Frauen und junge Mädchen, die durch den Zyklon ihre Kinder bzw. Eltern und ihre Häuser verloren hatten, wurden neue Häuser errichtet. Die Übergabe von Hilfsmitteln wurde immer mit kleinen Workshops kombiniert, in denen die Aktivistinnen mit den Frauen über den Klimawandel und seine Auswirkung auf das Leben der Frauen sprachen.

Bei der Verteilung der Hilfsgüter wurden die Aktivistinnen mit Proble-

men konfrontiert: Einige der lokalen Gemeindevorsteher waren der Meinung, daß ihnen ein Teil der Hilfsgüter zustünde und der Rest über sie verteilt werden müsse. GMPIS berief eine Vollversammlung ein, um über dieses und andere Probleme während der Nothilfeversorgung zu diskutieren.

In Notunterkünften wurden Frauen und Mädchen sexuell mißbraucht und Lebensmittel nur gegen sexuelle Dienstleistungen ausgegeben. Ältere Frauen und Frauen mit Behinderungen, die keine Durchsetzungskraft hatten, gingen bei den Verteilungen leer aus, um nur einige weitere Probleme zu nennen. GMPIS bat um eine Audienz im Provinzsekretariat von Sofala, um auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Neben der materiellen Unterstützung versuchten die Frauen auch das psychische Leid der Betroffenen zu lindern. Durch eine Psychologieprofessorin der katholischen Universität erhielten sie eine Basisausbildung, um die Frauen in Gesprächen zu ermutigen, über ihr Leid zu sprechen, und es wurden Therapiewochenenden organisiert, wo sie das Erlebte in einer sicheren und ruhigen Umgebung verarbeiten konnten.

Da auch die Provinzen Manica und Tete von den Überschwemmungen betroffen waren, beschloß GMPIS, einen Teil der Gelder an die Partnerorganisationen der dortigen Frauenbewegung weiterzugeben. Bisher konnten 1817 Frauen und somit insgesamt fast 9100 Personen begünstigt werden, wenn man von einer



Taubstumme Begünstigte bedanken sich

durchschnittlichen Haushaltsgröße von fünf Personen ausgeht.

mit der Umsetzung der Nothilfe-maßnahmen endet die Arbeit der Aktivistinnen jedoch nicht. In der jetzigen Phase geht es darum, die Interessen der Frauen im Rahmen des Wiederaufbaus einzubringen. Hier sind vor allem Aktionen im Fortbildungs- und Advocacybereich nötig. Die basisnahe Arbeit über die Mitgliedsorganisationen und das gemeinsame Treffen von Entscheidungen über die Verwendung der Nothilfegelder haben zur effizienten Umsetzung der Hilfsmaßnahmen beigetragen. Das Wissen, daß Menschen auf der ganzen Welt Anteil an ihrem Schicksal nehmen, hat die Frauen stark beeindruckt und ihnen viel Kraft in der schwierigen Situation gegeben. Vor kurzem veröffentlichte GMPIS ein kleines Video, in dem die Frauen über die Erfahrung der Solidaritätskampagne berichten (<https://youtu.be/IXnj0iWRzPk>).

Heike Friedhoff lebt seit 2014 als unabhängige Konsultantin in Beira und Maputo. Sie ist Mitbegründerin von GMPIS. Regelmäßige Information über die Umsetzung der Maßnahmen: <https://web.facebook.com/gmpis.sofala>.

Moçambique – ein Update

Am 15. Jänner 2020 hat Filipe Nyusi sein zweites Mandat als Staatspräsident von Moçambique angetreten. In seiner Antrittsrede betonte er die Bedeutung des Erhalts des Friedens im Land, den Dialog mit allen politischen und sozialen Kräften, die Fortsetzung des Dezentralisierungsprozesses und die Korruptionsbekämpfung. Unter den Versprechen war das wichtigste die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Jugend. In der neuen Regierung gibt es wenig neue Gesichter, vor allem nicht in den Schlüsselministerien und beim Amt des Premierminister.

Die Realitäten:

- Die vergangenen Wahlen, von Nyusi und der Frelimo mit 73% der Stimmen gewonnen, sind die unrühmlichsten in der Geschichte Moçambiques. 600.000 manipulierte Stimmen, Betrug der Oppositionsparteien um mehrere Mandate, Nichtzulassung unabhängiger Wahlbeobachter, Ermordung eines Wahlbeobachters, Nichtbehandlung von Einsprüchen, geheime Abänderung der Ergebnisse durch die nationale Wahlkommission und das Verfassungsgremium. Sogar die EU erklärte das Wahlergebnis als nicht glaubwürdig.
- Anders als bei früheren Wahlen wurde das Ergebnis protestlos hingenommen. Große Teile der Bevölkerung scheinen nicht mehr an den demokratischen Prozeß und an eine Alternative zu glauben. Bei diesen Wahlen war die Wahlbeteiligung mit 51% so gering wie nie zuvor. Selbst in den

Hochburgen der Opposition in Sofala macht sich Depression breit. Inwiefern die (parteipolitisch ausgenützte) Hilfsgüterverteilung nach IDAI die Wahlen beeinflusst haben, läßt sich nicht abschätzen.

- Dezentralisierung: Die erstmals gewählten Provinzgouverneure haben sich den Provinzstaatssekretären unterzuordnen, die den Zentralstaat vertreten. Das schafft Unklarheiten und eine teure Doppelstruktur. Sie wurde geschaffen, weil man in einigen Provinzen Gouverneure der Opposition erwartete. Die Frelimo gewann aber in allen Provinzen die Gouverneurswahl. Zusätzliche Ausgaben für den Staat ohne Nutzen für die Bevölkerung.
- Nach 2018 wurde auch 2019 Moçambique von der EIU als autoritär regiertes Land eingestuft.
- Instabilität: In der gasreichen Provinz Cabo Delgado nehmen die Anschläge auf Dörfer und Schulen durch Aufständische (Islamisten?) weiter zu und damit auch die Flucht der Bevölkerung in die Provinzhauptstadt Pemba, es gibt 100.000 Binnenflüchtlinge. Der Regierung gelang es bislang nicht, den Aufstand in den Griff zu bekommen und die Bevölkerung zu schützen. Dazu kommt die Invasion von Rubin- und Graphitminen durch 800 bis 1000 informelle Schürfer, denen ihre Lebensgrundlage durch die Konzessionen an die kommerziellen Firmen entzogen wurden. Arbeitsplatzprogramme fehlen. Verglichen mit den zuneh-



Treffen der Frauenorganisation GMPIS

menden Sicherheitsproblemen in Cabo Delgado sind die punktuellen Angriffe von RENAMO-Abtrünnigen in Sofala entlang der Nord-Süd-Verbindung ein geringeres Problem.

- Aufgrund der beiden Zyklonen IDAI und Kenneth lag das Wirtschaftswachstum 2019 nur bei 2%, es war das geringste seit 2000. In den Zentrumsprovinzen sind fast ein Jahr nach IDAI noch immer 70.000 Menschen schwer von den Folgen und von neuerlichen Überschwemmungen betroffen. Der Wiederaufbau von Infrastruktur (Schulen, Straßen) hat gerade erst begonnen.
- Die Schuldenlast: Die Frage der Rückzahlung der illegalen Kredite ist nach wie vor ungeklärt und Gegenstand von Gerichtsprozessen in den USA und London. In Moçambique sitzen 15 hochrangige regierungsnahe Hauptverdächtige bereits ein Jahr in Untersuchungshaft, ein Prozeßbeginn ist nicht in Sicht.

In dieser Situation setzen die Politiker alles auf den Erdgasboom, von dem man sich 2020 erstmals durch den Export von Flüssiggas Einnahmen in die Staatskasse erhofft.

Hemma Tengler

Shape Shifting

Kunst im öffentlichen Raum im Kontext der Stadtentwicklung Johannesburgs

In den letzten 20 Jahren hat »The Trinity Session«, ein Team zeitgenössischer Künstler, Strategien für engagierte öffentliche Kunstprogramme in Südafrika entwickelt, deren Schwerpunkt auf ihrer Heimatstadt Johannesburg liegt. Marcus Neustetter gibt einen Einblick in Aktivitäten und Fallstudien in einem Kontext, in dem die Rolle der Kunst im öffentlichen Bereich viele Formen annimmt, um Veränderungen zu bewirken.

Mitzuerleben, wie Interventionen von Künstlern mit einer sich verändernden Stadt wie Johannesburg umgehen, hat gezeigt, wie lokale Kreativität sich die Stadt aneignet und alternative Untersuchungen des öffentlichen Raums als Werkzeug für Veränderungen nutzen kann. Das künstlerische Engagement im öffentlichen Bereich, das von kleinen persönlichen Interventionen bis zu gesamtstädtischen Statements reicht, ermöglicht nicht nur eine Verschiebung der Erfahrung der gebauten Umwelt, sondern bietet vor allem eine Methode für soziale Interaktion, persönliche Geschichtenerzählungen und die Vermittlung eines Verantwortungsgefühls gegenüber dieser vielschichtigen Großstadt. Johannesburg hat eine komplexe Geschichte. Seine Gründung durch die koloniale Prägung während der Suche nach Gold, die Auswirkungen der Apartheid, seine Rolle als Raum für Protest und Reaktion, die Verlagerung von Geld und Ressourcen in das neue Wirtschaftszentrum Sandton sowie die Ansiedlung von Migranten und Migrantinnen aus dem ganzen Land und dem Kontinent – all das hat diese Stadt in den letzten 135 Jahren radikal etabliert und verändert. Durch solche radikale Veränderungen ergibt sich eine dynamische Mischung von Menschen, eine komplexe Schicht aus sozialen Erfahrungen, und dadurch ein aktiver öffentlicher Raum, der sich ständig verändert. Dieser fungiert gleichsam als Leinwand für Forschung und Präsentationen, vor der zeitgenössische Künstler/innen und Kulturakti-



Johannesburg – eine vielschichtige Großstadt

vist/inn/en Projekte und Programme entwickelt haben, um den öffentlichen Raum zu verstehen und in ihm ihre Kommentare oder Fragestellungen zu kommunizieren.

Ein Rückblick auf das Jahr 2002 zeigt, daß einige wichtige Faktoren dafür damals zusammenkamen. Die Gründung der *Johannesburg Development Agency* (JDA), das In-

teresse an Kunst im öffentlichen Raum auf Seiten der kommunalen Verwaltung für Kunst, Kultur und Kulturerbe sowie eine aufdringliche Kunstgemeinschaft setzte schließlich den politischen Grundsatz durch, bei neuen Entwicklungen in der Stadt bis zu 1% für Kunst im öffentlichen Raum zu reservieren. Die damalige Absicht von *The Trinity Session* war es, die Grenzen des Kunstmodells der Galerien und der Museen zu überwinden und neue Finanzierungsmöglichkeiten und Ressourcen für die Kunst zu finden. Ein aktives Engagement im öffentlichen Raum war dazu der logische Schritt, um nicht nur die benötigte Plattform für den Aufbau neuer Zielgruppen und künstlerischer Praktiken zu errichten, sondern auch eine lokale künstlerische Untersuchung zum Verständnis ihrer Heimatstadt zu ermöglichen. Infolgedessen agierte dieses Künstlerkollektiv mit öffentlicher Kunstforschung und Kunstexperimenten in der Stadt und bot somit der JDA und den politischen Entscheidungsträgern Fallstudien zur Motivation für den Aufbau eines öffentlichen Kunstprogramms an.

Ein Beispiel für ein solches Projekt waren die *Juta Street Trees*. Nach einem längeren Versuch, die Stadt davon zu überzeugen, öffentliche Kunstwerke zu finanzieren, fand The Trinity Session Freunde in einem Architekturbüro namens *Albonico Sack Metacity Architects*, das den Johannesburger Stadtteil Braamfontein modernisierte. Sie sahen die Gelegenheit, einige Kunstwerke in leeren Pflanzentöpfen zu beherbergen. Mit nur einem kleinen Budget für Bäume bewaffnet, gingen die Künstler auf die Straße und arbeiteten mit einer Handwerksorganisation, dem *Imabli Visual Literacy Project*, zusammen, um Modelle von Bäumen aus recycelten Materialien herzustellen. Ein Entwurf wurde von Produktdesign *Claire Reinald* weiterentwickelt, um leicht zu montierende Stahlbäume zu entwickeln, die dann in die neun vorhandenen Betonböden gepflanzt werden konnten. Damit begann man, einen Bereich des Viertels in der Juta Street aufzuwerten. Die Resonanz war überwältigend. Die Medien nahmen dieses Projekt auf, die Community, die dem Engagement gegenüber teilweise feindlich gegenübergestanden war, begrüßte das Projekt und bot an, sich um diese schöne Ergänzung ihrer Straßenlandschaft zu kümmern. Der Leiter der JDA reagierte mit zusätzlichem Budget und der Unterstützung, mehr Kunstbäume zu finanzieren.



Juta Street-Bäume

dies führte zu einer großen Kommission für weitere Plazierungen in demselben Gebiet. Bei deren Eröffnung brachte der Bürgermeister die Notwendigkeit von mehr öffentlicher Kunst in der Stadt zum Ausdruck. Damit waren Einverständnis und Unterstützung vorhanden, und von nun an entwickelten sich die bisherigen Aktivitäten zu größeren Projekten zur Gestaltung des öffentlichen Raums. Dies waren zum Beispiel künstlerische Parkumgestaltungen, Stadtumbau- und öffentlichen Kunstinterventionen für die Fußballweltmeisterschaft, Programme in Townships am Rande der Innenstadt oder transportnetzorientierte Kunstwerke an Verkehrsknotenpunkten und Stationen. Nachdem die Trinity Session auf dieser Reise mehrere Ausschreibungen als Beauftragte, Kuratorin und künstlerische Leiterin gewonnen hatte, begann sie mit der Suche nach alternativen Auftrags- und Entwicklungsstrategien für das städtische Kunstprogramm, um ein vielfältigeres und lokal relevanteres Engagement und die Etablierung der Kunstwerke sicherzustellen. Man muß daran erinnern, daß die öffentliche Kunstpolitik zwar auf internationalen Standards

für die Beauftragung öffentlicher Kunst beruhte, die Realität vor Ort jedoch ganz anders ist. In einem Kontext, in dem der Großteil der Bevölkerung unter schwierigen Bedingungen lebt und die Stadt unter immensem Druck steht, eine fast unmögliche Aufgabe zu erfüllen – die Bedürfnisse der Wiederbelebung einer schwierigen Infrastruktur zu befriedigen –, ist die Relevanz öffentlicher Kunst nicht so offensichtlich. Objekte ohne großen funktionalen und praktischen Beitrag im öffentlichen Raum werden schnell in Frage gestellt, ihr Wert wird häufig anhand der recycelbaren Materialien wie Metall und Bronze gemessen und nicht anhand des ästhetischen und konzeptuellen Werts, den sie einem Ort hinzufügen könnten. Kunstwerke werden wegen ihres recycelbaren Werts zerstört oder gestohlen. Diese Bedingung soll nicht als Hindernis gesehen werden, sondern eher als eine Gelegenheit, Arbeiten zu produzieren, die für die lokale Öffentlichkeit sinnvoll und nutzbar sind und zur Verbesserung des alltäglichen Lebens beitragen können. Ein Teil dieses Prozesses bestand darin, die Öffentlichkeit und das Publikum kennenzulernen. Stephen Hobbs und Marcus Neustetter als Direktoren der Trinity Session haben aus ihrer persönlichen Zusammenarbeit eine Untersuchung der Stadt und ihrer Öffentlichkeit gemacht. Ein Beispiel dafür war ein Projekt, das fremdenfeindliche Konfrontationen in Johannesburg untersuchte, um Beziehungen für zukünftige Kooperationen zwischen Künstlern und entfremdeten Gemeinschaften aufzubauen.

Während der Standortforschung für ein Stadterneuerungsprojekt an der Grenze zu Hillbrow, einem berüchtigten Johannesburger Viertel, wurden Stephen Hobbs und Marcus Neustetter mit zwei frankophonen Einwanderern konfrontiert, die sie warnten, das Betreten von Hillbrow mit einer Kamera sei nicht sicher. Zu ihrer Überraschung wurden sie also von Einwanderern als Touristen in ihrer eigenen Stadt behandelt und nur wenige Blocks von ihrem früheren Wohnort entfernt – und dazu noch in einer Fremdsprache – angesprochen. Ein Jahr später wurden die Künstler nach Dakar im Senegal zum *Dak'Art Biennale 'Off'*-Programm eingeladen, um ein Projekt vorzustellen. Hobbs und Neustetter ließen sie sich von der frankophonen Begegnung in ihrer Stadt inspirieren. Mit Stift und Papier bewaffnet interviewten die Künstler eine Gruppe senegalesischer Einwanderer in Johannesburg und baten sie, Karten von Dakar zu zeichnen, mit denen sie während ihres zweiwöchigen Aufenthalts in Dakar im Mai 2006 durch die Stadt navigieren würden. Als die Künstler in Dakar landeten, benutzten sie diese Karten und Geschichten,

um durch die Stadt zu navigieren und ihre Reise festzuhalten. Sich aufgrund abstrakter und ungenauer Informationen in Dakar zu verirren und mit den Einheimischen in Kontakt zu treten, um den Weg zu finden, wurde zur Norm und Teil der performativen Ausführung des Engagements in Johannesburg. Bei ihrer Rückkehr



Dakar-Stadtplan von Mbaye, 2006

die Künstler ihren ausländischen Nachbarn ihre Erfahrungen in Form einer Diashow und des Erzählens von Geschichten, wodurch eine sinnvolle Verbindung und eine Vertrauensbeziehung hergestellt wurden. Diese Beziehung bestand mehrere Jahre lang mit Projekten im öffentlichen Raum in Johannesburg, die der fremdenfeindlichen Stimmung in der Region widersprachen. Ein Beispiel war eine senegalesische Teezeremonie, bei der Menschen, die aus Johannesburg geflohen waren, in die »No-Go-Zone« der Stadt zurückkehrten, um neue Kulturen und Nachbarn kennenzulernen und durch das friedliche westafrikanische Ritual des gemeinsamen Tee-trinkens unwahrscheinliche öffentliche Verbindungen herzustellen. Darüber hinaus informierten die Austausche einen sensibleren und kritischeren Einstieg für zukünftige öffentliche Kunstwerke in der Region.

Infolge solcher Erkundungen und Experimente veränderte der Ansatz der Trinity Session in den letzten zwanzig Jahren das lokale Verständnis öffentlicher Kunstprogramme. Die Strategie bestand darin, Erfahrung, Fähigkeiten und Sensibilität für die kohärente Arbeit mit lokalen Gemeinschaften und lokal relevanten Inhalten aufzubauen. Weg von Wettbewerb und direkten Aufträgen, die hauptsächlich den wenigen ausgewählten Künstlern dienten, die über die Ressourcen und die Ausbildung verfügten, um auf sie reagieren zu können. Konzepte und Formen entstehen aus kollektivem Workshopping, persönlichen Überlegungen und Koproduktion über Disziplinen und Fähigkeiten hinweg. Sie messen den Beitrag nicht anhand des Bildungsniveaus oder der institutionellen Qualifikationen, sondern anhand des persönlichen aktiven Engagements, der Ideen und der Fähigkeit, auf eine kollektive Vision hinzuarbeiten. Nach mehreren hundert öffentlichen Kunstwerken im Rahmen der Trinity Session-Programme hat sich der Ansatz der öffentlichen Kunst zu einer kohärenten Strategie für Stadtforschung, Engagement und Ent-



Teezeremonie mit Immigranten aus dem Senegal

wicklung fortgesetzt. So hat die Trinity Session beispielsweise seit 2017 die Position des Kurator-Koordinators für alle Plazierungen durch Kunst entlang der transitorientierten Entwicklungskorridore in Johannesburg inne. Das Kunstprogramm hat das neue Rea Vaya-Bus-Schnellverkehrssystem, das in den durchgangsorientierten Entwicklungskorridoren implementiert ist, sowie die dazugehörige Nachbarschaftsinfrastruktur und Platzierungsverbesserungen in den Stadtteilen wie Noordgesig, Brixton, Turfontein und Orange Grove aktiviert. In diesem Prozeß hat das Kunstprogramm dazu beigetragen, eine wesentliche Ebene kultureller Identität und eigenen Charakters in den einzelnen Stadtvierteln zu erweitern.

Die dreijährige Periode des sozialen Engagements, der Forschung und der Aufdeckung lokaler Erzählungen in Bezug auf die größere Geographie und Geschichte der Korridore hat die Umsetzung zahlreicher Kunstwerke gesehen, die durch Methoden der Koproduktion mit den Anwohnern und Nutzern in diesen Stadtteilen entwickelt und gestaltet wurden. Die Ergebnisse der Kunstwerke reichen von großformatigen Wandgemälden, städtischen Möbeln, Skulpturen, Videos und Performances bis hin zu zahlreichen ortsspezifischen Veranstaltungen und Ausstellungen. Die reichhaltigen Erzählungen, die aus jedem dieser Kontexte hervorgehen und durch kreative Prozesse der Zusammenarbeit übersetzt wurden, haben zum Aufbau eines Archivs mündlicher Geschichten beigetragen. Durch den Austausch persönlicher und kollektiver Erzählungen hat das *ArtMyJozi*-Programm den Austausch verschiedener Fähigkeiten, die persönliche Entwicklung und Gründerzentren für Kleinunternehmen erleichtert, um Anwohner und Kreative zu motivieren, ihre Praxis in Bezug auf größere individuelle oder kollektive Projekte zu entwickeln, um die Nachhaltigkeit zu verbessern. Darüber hinaus hat sich eine dreijährige konsistente Video- und



Das Trinity Session-Team 2019/20 (Mitte vorne: Marcus Neustetter)

Fotodokumentation der technischen und sozialen Aspekte der Entstehung und Wirkung der Arbeit zu einem facettenreichen digitalen Archiv entwickelt. Die Inhalte werden ständig über die Social-Media-Plattform #ArtMyJozi geteilt, auf der ein wachsendes Publikum die Entwicklung des Kunstwerksprogramms in Bezug auf die Entwicklungsprojekte der Stadt Johannesburg an jedem dieser Standorte miterlebt hat. Infolgedessen hat das Publikum durch Kommentare, Kritik und Einbringen eigener Ideen zum Prozeß beigetragen. Aufgrund dieser Entwicklung und dieses prozeßhaften Engagements und dessen Auswirkung verändert der öffentliche Kunstansatz erneut seine Form – in Anerkennung dessen, daß wir in Krisenzeiten neue Bewältigungsmechanismen für den Umgang mit Veränderungen entdecken müssen. Das Erforschen verschiedener Problemlösungen kann schwierig sein, wenn man sich allein der Herausforderung stellt. Durch kreative Lernprozesse, die auf Partizipation, Zusammenarbeit und Wissensaustausch basieren, können wir ein besseres Selbstverständnis in Bezug auf andere aufbauen und gleichzeitig neue Verbindungen, Beziehungen und Gemeinschaften fördern. Aus diesen Überlegungen heraus wurde *The Art Clinic* geboren. Dieses Pilotprojekt in Orchards, Johannesburg, befindet sich an einem wichtigen Schnittpunkt des städtischen Wandels innerhalb der Stadt, wo Geschichte und Erbe alte und neue Gemeinschaften in einem reichen Umweltkontext treffen und gleichzeitig unser Sicherheitsgefühl zunehmend vom sozialen und wirtschaftlichen Niedergang bedroht wird. Zu diesem Zweck befaßt sich *The Art Clinic* gleichermaßen mit Primärwissen und setzt sich dafür ein, daß (soziales, gebautes, kreatives) Design zur Verbesserung unserer Stadt und besonderer Orte wie Orchards und der umliegenden Stadtteile beitragen kann. Dieses lokal ansässige Programm, das im Jahr 2020 über den kürzlich eingerichteten multifunktionalen Kunstraum im

NPC/Spark Gallery des Orchards Project, bekannt als *Tipper Space*, startet, wird seinen Bewohnern in der Region seine Türen öffnen, um ein jährliches Programm der multidisziplinären Produktion und des Lernens zu entwickeln.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dieses Pilotprojekt, ähnlich wie in den Projekten zu Beginn der 2000er Jahre, ein Experiment ist, das sich in der Unsicherheit und Komplexität des öffentlichen Raums von Johannesburg und seiner Gemeinden ausbrütet. Der Erfahrungsschatz und vor allem das Verständnis der sich ständig verändernden Definition von öffentlicher Kunst im lokalen Kontext zeigen jedoch Vertrauen in eine Zukunft des wirkungsvollen Engagements im öffentlichen Raum. Orte wie Braamfontein feiern immer noch frühe Interventionen wie die Juta Street Trees und sind zu Zentren der Regeneration in der Stadt geworden. Kunstwerke in der ganzen Stadt und Umgebung stehen heute als Zeichen für Veränderung und kollektives Eigentum. Teilnehmer an Prozessen sind zu Produzenten und Botschaftern neuer kreativer Projekte geworden, die Kunstwerke als Visitenkarte und Unterschriften im öffentlichen Raum verwenden. Am wichtigsten ist jedoch, daß es zu Beginn eines neuen Jahrzehnts mit wirtschaftlicher, sozialer und politischer Unsicherheit aussagekräftige Fallstudien und Erfahrungen gibt, die dazu beitragen können, Stimmen zu stärken, die gehört werden möchten, kollektive Visionen zu formen und die kreativen Gemeinschaften, die Veränderung beeinflussen wollen, aufzubauen und zu unterstützen. Wir freuen uns auf die neuen Formen, die die öffentliche Kunst in naher Zukunft in Johannesburg annehmen wird.

Marcus Neustetter (geb. 1976 in Johannesburg) erwarb seinen Bachelor und Master in Fine Arts an der University of the Witwatersrand. Neustetter interessiert sich für interdisziplinäre Praxis, Ortsspezifität, sozial engagierte Interventionen und die Überschneidung von Kunst und Aktivismus. Er hat Projekte, Performances und Installationen in Afrika, Europa, Amerika und Asien realisiert, die nach einer Balance zwischen poetischer Form und kritischer Fragestellung suchen. Er ist Co-Direktor der Produktionskooperation für zeitgenössische Kunst *The Trinity Session*, die seit 2000 Innovationen in den Bereichen öffentliche Kunst, sozial engagierte Praxis sowie Strategien und Projekte zur Entwicklung des Kunstindustrie hervorgebracht hat. Marcus Neustetter lebt und arbeitet derzeit zwischen Wien und Johannesburg. Sein Beitrag beruht auf einem Vortrag im FORUM SÜDLICHES AFRIKA in der SADOCC-Bibliothek.

Guten Morgen, Namibia!

In einem lesenswerten Buch beschreibt Erika von Wietersheim die Geschichte ihrer jungen Familie auf einer Farm im Süden Namibias, verbunden mit der langsamen Entwicklung des Landes zur Unabhängigkeit. Von Walter Sauer.

Erika von Wietersheim, **Guten Morgen, Namibia! Eine Farm, eine Schule und unser Weg von der Apartheid zur Unabhängigkeit** (Hamburg 2019). 370 S.

Die Hauptrolle in diesem Buch spielt die Farm Gras, etwa 230 Kilometer südlich von Windhoek, westlich von Kalkrand. Damals noch im Besitz der Familie von Wietersheim, die sie von der deutschen Händlerdynastie Woermann gekauft hatte. Die Woermanns wiederum hatten das ursprünglich mehr als achtzigtausend Hektar große Stück Landes von einer Gruppe Nama »erworben«, vermutlich zur Abzahlung von Schulden, die sich aus dem Kauf von Alkohol angesammelt hatten. Ob das ein gerechter Kauf war, fragt sich die Autorin mehrmals, die Mitte der 1970er Jahre in die Farmersfamilie eingehiratet hatte. Ihren damaligen Ehemann Anton hatte sie beim Studium in Kapstadt kennengelernt.

Farm Gras – das weckt bei mir eine schöne Erinnerung. Im Februar 1994 fuhren Heinz Holley, Soziologe und damals Vorsitzender der *Österreichischen Namibia-Gesellschaft*, Elfriede Pekny (beide mittlerweile leider verstorben) und ich nach Namibia, mit einer Gruppe von Studierenden der Uni Linz. Wie es sich so ergab, lud uns Anton von Wietersheim im Anschluß an den offiziellen Teil auf einen Ausflug auf seine Farm ein. Anton, damals noch als namibischer Landwirtschaftsminister, hatte 1993 in Wien die Bibliothek der SADOCC eröffnet, und wir verblieben (bis heute) in gu-

tem Kontakt. 1994 war er nicht mehr Minister, aber doch noch im Parlament. Wir trafen uns in der Früh am Flughafen Eros in Windhoek, und er holte seine sechssitzige Cessna 206 aus einem kleinen Hangar. »Gute Reise«, wünschte uns noch der Kontrollturm, und Anton antwortete, ebenfalls auf Deutsch, »Danke, wir kommen am Abend zurück.« Genau 85 Minuten würde der Flug dauern, kündigte er an. Und tatsächlich, nach 84 Minuten überflogen wir den Fish River, der in einiger Entfernung im Boden verschwand, und nahmen Kurs auf eine schmale betonierte Landebahn.

Liebevoll beschreibt Erika von Wietersheim die Menschen auf der Farm – Landarbeiter/innen und ihre Kinder, für die sie bald eine Farm-schule gründete, sehr zum Erstaunen der meisten umliegenden Farmer. Ich erinnere mich, daß auch wir sie besuchten, zum Hallo von ein oder zwei Dutzend Kindern. Das Farmhaus war architektonisch bemerkenswert. Wie ich jetzt gelesen habe, 1906 von Friedrich Höft, dem Hausarchitekten der Woermanns, errichtet: hohe Räume, luftige Gänge, alles mit alten Fliesen belegt. In einem rustikal eingerichteten Wohnzimmer nahmen Anton, Elfriede, Heinz und ich Tee oder Kaffee, sprachen über das politische System Namibias, aktuelle Probleme und die beginnende Korruption. Anschließend fuhren wir mit auf die Jagd – Anton mußte für die Fleischversorgung der Farmbevölkerung sorgen und schoß einen Kudu, den sie gleich fachgerecht zerlegten. Armes Tier, dachte ich, und fühlte mich ein bißchen schlecht.

Die einheimischen Beschäftigten sahen uns wohl als Jagdgäste aus Deutschland, wie es in diesen Jahren viele gab, um die Farm ökonomisch zu erhalten. 1999 wurde die Farm verkauft und dient nun ausschließlich den Jägern. »Guten Morgen, Namibia!« schildert die langsame Entwicklung zur Unabhängigkeit Namibias aus der Perspektive dieser Familienfarm mit deutsch-kolonialer Tradition in einem entlegenen Teil des Landes. Ganz ungewöhnlich, daß die Wietersheims Kontakt zu Hendrik Witbooi aufnahmen, dem politischen Führer des Inlandsflügels der SWAPO, und daß Anton zu den Gründern der Initiative 435 zählte, die das Gespräch mit der SWAPO-Führung im Ausland suchte. Die Autorin schildert die anfänglichen Zweifel, das Bangen während der endlosen Verhandlungen auf UNO-Ebene, die Freude beim Eintreffen der UNTAG und den auch von einem österreichischen UNTAG-Polizisten überwachten Wahltag – unter den Arbeiter/inne/n hatten sich eine DTA- und eine SWAPO-nahe Gruppe gebildet. In liebevoller Weise wird die politische Entwicklung Namibias mit der Geschichte der Familie ineingesetzt. Es geht um das nicht einfache Verhältnis zu den Schwiegereltern, die fünf Kinder, den Alltag auf der Farm zwischen Landwirtschaft und Tourismus, das vielschichtige Verhältnis zu den Arbeitskräften aus der Volksgruppe der Nama. Ein tiefgründiges und dabei doch leicht lesbares und oft poetisches Buch – ein würdiger Beitrag zum 30. Jubiläum der Unabhängigkeit.

John Liebenberg †

Der am 16. Februar in Johannesburg verstorbene Fotojournalist John Liebenberg (61) war Urheber einiger der bekanntesten Fotografien des namibischen Widerstands gegen die Herrschaft Südafrikas und trug dazu bei, die Schrecken des Krieges aufzudecken, welcher der Unabhängigkeit des Landes vorausging.

Liebenberg war bekannt für die Dokumentation des Befreiungskampfes in Namibia, als er nach der Gründung des *Namibian* zu den ersten Mitarbeitern der Zeitung gehörte. Neben der Dokumentation des Buschkrieges im Ovamboland vor der Unabhängigkeit 1990 arbeitete Liebenberg auch als Fotograf im Süden Angolas während des Bürgerkriegs und wurde später als freiberuflicher Fotograf in Südafrika tätig.

1991 organisierte die Österreichische Namibia-Gesellschaft eine Liebenberg-Ausstellung in Wien unter dem Titel »Das Auge des Elefanten«, der die beiliegenden Bilder entnommen sind. Zur Eröffnung, die vom damaligen Staatssekretär Peter Jankowitsch vorgenommen wurde, durften wir auch den Fotografen bei uns begrüßen. 2014 haben wir ihn zum letzten Mal in Johannesburg getroffen.

Die Gründerin des *Namibian*, Gwen Lister, schrieb in einem Nachruf auf John Liebenberg: »Er war immer ein verrücktes Energiebündel, keinen Moment still, seine Kamera immer in der Hand oder über die Schul-



Kleinbauer vor seinem Gehöft nach einem Gefecht zwischen SWAPO-Guerilleros und den südafrikanischen Koevoet (Oshibimbi, April 1989)

ter gehängt. Als wir ihm neue Nikons kauften, war er überglücklich. Mit diesen Kameras machte er einige der bekanntesten Bilder des Kampfes des Landes gegen die Apartheid. In einigen Punkten hatten wir unsere Differenzen, aber Johns Schwarzweißfotos eines belagerten Landes werden den Test der Zeit bestehen.«

Seit einem Flugzeugabsturz in Angola im Jahr 2013 – den er selber mitfilmte, solange er konnte – hatte Liebenberg mit schweren gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Nach einem Sturz mußte er für eine Hüftoperation in ein Spital eingeliefert werden. Er starb infolge von Komplikationen beim Aufwachen aus der Narkose. Liebenberg war geschieden und hinterläßt vier Kinder.



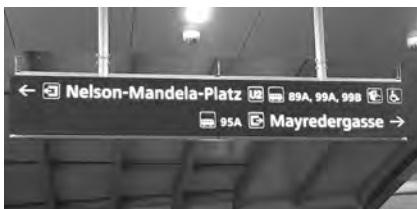
Der Körper eines angeblichen PLAN-Kämpfers hängt nach einem Schußwechsel von einem Kasspir der Koevoet (Ombalantu, 1989)



Simulierte Hinrichtung im Windhoeker Gefängnis – Todesstrafe nach der Unabhängigkeit abgeschafft (Windhoek 1991)

... sadocc news ...

U2-Station Nelson Mandela-Platz – Teilerfolg! Die zahlreichen E-Mails und Telefonate, die unsere Leserinnen und Leser in den letzten Monaten geschrieben bzw. getätigt haben, waren immerhin zum Teil erfolgreich: Auf Vermittlung des Wiener Bürgermeisters, Michael Ludwig, konnten wir unsere Forderungen schließlich doch in einem persönlichen Gespräch im Rathaus darlegen – und zumindest in einigen Punkten mit Erfolg. Wie uns der für die Wiener Linien zuständige Referent in der Geschäftsgruppe Umwelt & Wiener Stadtwerke, Mag. Christian Liebhart, am 5. Februar schriftlich bestätigte, wird das Leitsystem innerhalb der Station »Aspern Nord« voraussichtlich Mitte April 2020 der Platzbenennung angepaßt. D. h. daß alle Wegweiser und Ausgänge von derzeit »Ostbahnbegleitstraße« auf »Nelson Mandela-Platz« umgestellt werden. Damit wird auch ein Gleichstand mit der nebengelegenen Schnellbahnstation hergestellt, in der schon länger auf den »Nelson Mandela-Platz« hingewiesen wird.



Diese S-Bahnstation ist aber zugleich für den Wermutstropfen der derzeitigen Situation verantwortlich, weil sie nämlich ebenfalls »Aspern Nord« heißt und die Wiener Linien von dieser gemeinsamen Benennung nicht abweichen wollen. SADOCC wird daher an die ÖBB herantreten und eine Umbenennung dieser Station anregen. Inwieweit eine solche Forderung von Erfolg gekrönt sein wird, ist derzeit allerdings nicht ab-

schätzbar. Weitere Anregungen – zusätzliche Ansagen in den Zügen mit Hinweis auf den Platz oder alternierende Stationsschilder auf den Bahnsteigen analog zu »Schottentor – Universität« werden von den Wiener Linien noch geprüft.

Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern und Leser/Inne/n, die sich für die höhere Sichtbarkeit des Nelson Mandela-Platzes eingesetzt haben! Gemeinsam haben wir jedenfalls einen Schritt in die richtige Richtung möglich gemacht. Und merken Sie sich schon vor: Am 18. Juli feiern wir wieder gemeinsam den Internationalen Nelson Mandela-Tag in der Seestadt!

Julius Hanak verstorben. Der frühere evangelische Militärsuperintendent ist am 18. 12. 2019 im 86. Lebensjahr verstorben. Neben seiner Tätigkeit im Rahmen der Militärseelsorge waren das Engagement für weltweite Gerechtigkeit, in der ökumenischen Bewegung und für die Entwicklungszusammenarbeit zentrale Anliegen für ihn, betonte der evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka in einem Nachruf. 1982 erregte er über die Grenzen Österreichs hinaus Aufsehen, als er ein persönliches Treffen mit dem damaligen südafrikanischen Militärseelsorger wegen dessen Unterstützung der Apartheidpolitik ablehnte. Julius Hanak und seine Frau Ilse waren beide Mitglieder der österreichischen Anti-Apartheid-Bewegung. Hamba Kahle, Julius!

Letzte Meldung: Covid-19 in Südafrika. Mitte März wurde in Südafrika ein sogenannter *State of Disaster* verhängt, der u. a. die Schließung aller Schulen, die Einstellung der SAA-Flüge, ein Versammlungsverbot von über 100 Personen sowie ein Alkoholverkaufsverbot ab 18 Uhr nach

sich zog. Am 23. März verkündete Präsident Ramaphosa weitere dramatische Maßnahmen. Die Zahl der Corona-Erkrankungen in Südafrika innerhalb von acht Tagen von 61 auf 402 gestiegen. Würde sich dieser Trend fortsetzen, sei in einigen Wochen mit mehreren hunderttausend Erkrankten zu rechnen – insbesondere auch deshalb, weil ein großer Teil der Bevölkerung aufgrund von HIV/Aids und TB über eine geschwächte Immunbasis verfüge.

Die neuen, dramatischen Maßnahmen gelten vorläufig bis 14. April. Sie beinhalten u. a. ein allgemeines Ausgangsverbot mit Ausnahme von Einkäufen und medizinischer Betreuung für alle, die nicht in medizinischen oder sonstigen strategischen Berufen tätig sind. Auch das Abholen der Sozialbeihilfen zum Monatswechsel ist ausgenommen. Offenbar gibt es jedoch keine Erlaubnis für Spaziergänge.

Die Elendsviertel sollen von LKWs mit Wasser versorgt werden, und für Obdachlose werden Notquartiere zur Verfügung gestellt. Alle Geschäfte außer dem Lebensmittelhandel und Firmen, die nicht speziell aufgelistet sind, werden geschlossen. Ungerechtfertigte Preiserhöhungen sowie corona-bedingte Korruption sollen im Schnellverfahren von Sondereinheiten der Justizbehörden abgestellt werden. Für Arbeiter/Angestellte sowie für Firmen kündigte Ramaphosa Hilfspakete im Wert von hunderten Millionen Rand an. Weiters werde ein Solidaritätsfonds zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen errichtet (www.solidarityfund.co.za). Die Konzerne *Rupert* und *Oppenheimer* hätten dafür bereits jeweils eine Milliarde Rand gespendet (zusammen ca. 63 Mio. Euro).

SADOCC hat an die Bundesregierung appelliert, diesen Solidaritätsfonds mit einem namhaften Beitrag zu unterstützen.

IMPRESSIONEN AUS

Johannesburg

von Marcus Neustetter und Mark Straw



Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



Analysen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Veranstaltungen mit Expert*innen aus dem Kontinent sowie Dialog und Kooperation mit den afrikanischen Gemeinden in Österreich.

Aktuell zum Nachlesen auf unseren Kanälen und bald hoffentlich wieder ganz aktuell in Real Life!

www.vidc.org

www.facebook.com/VIDC.org

www.instagram.com/vidc_viennainstitute

Die COVID-19 Pandemie stellt uns in Österreich vor große Herausforderungen. In Afrika wären bzw. sind die Herausforderungen ungleich größer. Die Ärzte-Dichte pro 1000 Einwohner*innen liegt bei durchschnittlich 10 % von jener in Österreich. Es wird neben nationaler Solidarität daher gerade auch jetzt internationale Solidarität benötigen!



Vienna Institute for
International Dialogue
and Cooperation